

Einladung

Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 14.03.2005, 16:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 03.03.2005

1. An die Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.02.2005
- TOP 4 Mobilfunk - Sachstandbericht
Vorlage: 2005/057
- TOP 5 Sanierung der Fassade der Sporthalle Kleibrok
Vorlage: 2005/063
- TOP 6 Einbau von Verkehrsinseln in der Wilhelmshavener Straße und Wiefelsteder Straße
Vorlage: 2005/062
- TOP 7 Unterführung für Radfahrer und Fußgänger; Antrag UWG vom 14.02.2005
Vorlage: 2005/066
- TOP 8 Inwertsetzung des Denkmalplatzes Rastede
Vorlage: 2005/067

- TOP 9 Sanierungsarbeiten an Gemeindestraßen**
Vorlage: 2005/069
- TOP 10 Befestigung des Sandweges "Im Himmel"**
Vorlage: 2005/065
- TOP 11 Baustandsbericht Baugebiete**
Vorlage: 2005/064
- TOP 12 Anfragen und Hinweise**
- TOP 13 Schließung der Sitzung**

Mit freundlichen Grüßen

gez. Decker
Bürgermeister

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2005/057

freigegeben am 18.02.2005

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Zech, Guido

Datum: 18.02.2005

Mobilfunk - Sachstandbericht

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	14.03.2005	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	05.04.2005	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Sach- und Rechtslage:Inhaltsübersicht:

1. Aktueller Anlass
2. Mobilfunk allgemein
3. Beschlusslage der Ratsgremien, Ergebnis Infoveranstaltung
4. aktueller Sachstand zu der Beschlusslage
5. Zukünftiges Verfahren
6. Aktuelle Planungen

1. Aktueller Anlass

In der nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 14.02.2005 wurde verwaltungsseitig über einen geplanten Sendestandort am Seilerweg berichtet. Aufgrund der sich anschließenden Diskussion wurde ein umfangreicher Bericht über das Thema Mobilfunk für eine der nächsten Sitzungen angekündigt. Zwischenzeitlich haben sich mehrere Anwohner gegen einen Mobilfunkstandort am Seilerweg gewandt und dies durch eine Unterschriftenliste dokumentiert. Daneben wurde im Rahmen der Bürgerversammlung in Rastede gegen diesen Standort protestiert.

2. Mobilfunk allgemein

Die rasche und flächendeckende Einführung des Mobilfunks hat in der Öffentlichkeit neben Enthusiasmus auch eine Diskussion um das Gefährdungspotential von Mobilfunksendern entfacht.

Nicht alle Fragen besorgter Bürger zum Schutz und zu Vorsorge gegen beeinträchtigende Wirkungen elektromagnetischer Felder können mit letzter Sicherheit und Zufriedenheit aller beantwortet werden. Als relativ sicher gilt, dass elektromagnetische Strahlung biologische Effekte hervorrufen kann. Dabei muss man zwischen den thermischen und nicht-thermischen Wirkungen unterscheiden. Unter den thermischen Wirkungen versteht man die Erwärmung der Umgebung eines elektromagnetische Felder ausstrahlenden Gerätes, wie z.B. die Erwärmung des Kopfes durch das Ans-Ohr-Halten eines Handys. In der Fachwelt besteht Einigkeit darüber, dass die übermäßige Erwärmung von Körpergewebe durch elektromagnetische Energie gesundheitlich schädlich sein kann.

Nach allgemeiner wissenschaftlicher Auffassung schützen die gültigen Grenzwerte, die den Empfehlungen der internationalen Kommission für den Schutz vor nicht-ionisierenden Strahlen (ICNIRP), der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und des EU-Rats entsprechen, sicher vor diesen thermischen Wirkungen. Nahezu unstrittig ist auch, dass unterhalb der gültigen Grenzwerte athermische Effekte auftreten können. Dies sind biologische Wirkungen, die im Reagenzglas, im Tierversuch oder am Menschen beobachtet wurden. Ob diese biologischen Wirkungen eine gesundheitliche Bedeutung haben, ist jedoch noch unklar bzw. umstritten. Prinzipiell können also nachteilige Wirkungen nicht sicher ausgeschlossen werden. Der offenkundige Forschungsbedarf wird von keiner Seite angezweifelt. Anders als in den meisten europäischen Ländern gelten in Italien und der Schweiz angesichts dieser Unsicherheiten niedrigere gesetzliche Grenzwerte. Für eine Absenkung der deutschen Grenzwerte plädiert neben Umweltverbänden und Verbraucherorganisationen z. B. auch die Bundesärztekammer. (s. hierzu:

<http://www.heise.de/mobil/artikel/54843>) Die in der Schweiz geltenden Grenzwerte werden jedoch häufig auch durch die deutschen Mobilfunkanlagen unterschritten (dort wird die Inhouse-Belastung ermittelt, in Deutschland werden die Außenwerte zu Grund gelegt).

Die Gesundheitsministerkonferenz hat sich hinsichtlich der anstehenden Novellierung der 26. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz für die Berücksichtigung der „Prinzipien der Gesundheitsvorsorge mit dem Ziel der Minimierung der Exposition und der Vermeidung unnötiger Immissionen“ ausgesprochen.

Die Strahlenschutzkommission kommt in ihrer Empfehlung vom 13./14.09.2001 zu der Einschätzung, dass das gegenwärtige Grenzwertkonzept, bestehend aus Basisgrenzwerten sowie unter ungünstigen Expositionsbedingungen (Exposition = das den Umwelteinflüssen Ausgesetztsein) abgeleiteten Grenzwerten, geeignet und flexibel genug ist, um vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen bei den im Alltag vorkommenden Expositionen zu schützen. Darüber hinaus wird empfohlen, bei der Entwicklung von Geräten und der Errichtung von Anlagen die Minimierung von Expositionen zum Qualitätskriterium zu machen und Maßnahmen zu ergreifen, um Expositionen durch elektrische, magnetische und elektromagnetische Felder im Rahmen der technischen und wirtschaftlich sinnvollen Möglichkeiten zu minimieren. Relevante Immissionen durch elektrische, magnetische und elektromagnetische Felder sollten in regelmäßigen Zeitabständen überprüft werden.

Eine vom Bundesumweltministerium veranlasste Prüfung der Strahlenschutzkommission über die Einführung von Vorsorgewerten nach dem „Schweizer Modell“ hat darüber hinaus kein relevantes Risiko ergeben, so dass die Einführung von Vorsorgewerten zum gegenwärtigen Zeitpunkt wissenschaftlich nicht gerechtfertigt erscheint.

„Grenzwerte sind letztlich lediglich trotz mathematischer Grundlage lediglich eine politische Übereinkunft, die einen Sicherheitsabstand zu wissenschaftlich anerkannten Wirkungsschwellen definieren. Damit markieren sie, wie es ein Kenner der Materien einmal treffend ausdrückte, nicht unbedingt die Schwelle der Gefährdung, sondern die des Gerichtssaales: Ein Überschreiten muss nicht unmittelbare gesundheitliche Schäden nach sich ziehen; es bietet Betroffenen aber rechtlich eine Handhabe, gegen den Verursacher vorzugehen.“ (<http://www.heise.de/ct/00/14/218/>)

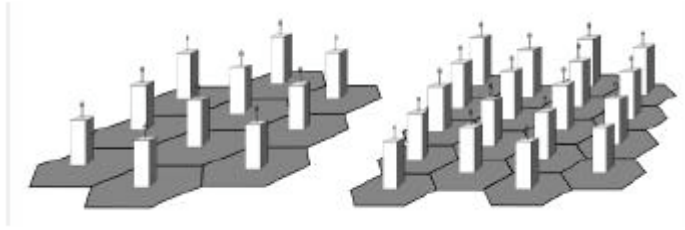
Nach vorherrschender Meinung der Wissenschaft sind negative Auswirkungen durch Mobilfunktellendeanlagen auf die Gesundheit nach derzeitigem international anerkanntem Wissensstand bei Einhaltung der gesetzlichen Grenzwerte also gegenwärtig nicht nachgewiesen.

Neben diesem herausragenden Interesse der Öffentlichkeit an einem gesundheitsverträglichen Ausbau des Mobilfunknetzes ist auch die Berücksichtigung kommunaler Belange wie der Wettbewerbsfähigkeit, dem flächendeckenden Infrastrukturausbau und dem Erhalt des Orts- und Landschaftsbildes von besonderer Bedeutung.

Mit dem Erwerb der UMTS- Lizenzen (UMTS = Universal Mobile Telecommunications System) ist den Mobilfunkbetreibern die Verpflichtung auferlegt worden, bis zum Jahre 2003 ein Viertel und bis zum Jahre 2005 die Hälfte der deutschen Bevölkerung mit dieser Zukunftstechnologie zu versorgen. Der dafür erforderliche Ausbau des Mobilfunknetzes führt zu einer erheblichen Zunahme von Sendeanlagen. Allein bis 2003 ist bundesweit von 10.000 bis 15.000 zusätzlichen Standorten auszugehen. Ziel der Mobilfunkanbieter ist es, die 99 Mrd. DM, die für die Rechte zur Frequenznutzung an den Bund gezahlt wurden, durch kostenpflichtige Programmangebote wieder zu erwirtschaften. Dies setzt ein leistungsfähiges UMTS-Netz voraus.

Der Bund und die Mobilfunkanbieter werden in den nächsten Jahren mehrere Millionen Euro ausgeben, um die Forschung im Bereich der Wirkung elektromagnetischer Strahlen zu intensivieren. Derzeit gelten für die Genehmigungsfähigkeit von Mobilfunkanlagen die Grenzwerte der 26. Bundesimmissionsschutzverordnung von 1996. Diese Verordnung enthält Grenzwerte u.a. für Mobilfunkanlagen. Diese Grenzwerte dürfen in Aufenthaltsbereichen von Menschen nicht überschritten werden. Um dies in der Praxis zu gewährleisten, schreibt die Verordnung vor, dass ortsfeste Sendeanlagen (hierzu zählen Mobilfunktellendeanlagen) nur betrieben werden dürfen, wenn eine Standortbescheinigung der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (RegTP) vorliegt. Für diese Standortbescheinigung wird von der RegTP ein Sicherheitsabstand errechnet, der die Einhaltung der Grenzwerte sicherstellt. In dieser Berechnung werden alle Sendeanlagen am Standort sowie relevante umliegende Sender berücksichtigt. Derzeit liegen die Sicherheitsabstände in Hauptstrahlrichtung überwiegend im Bereich von 0,5 bis 10 Meter.

Um mit einem Handy telefonieren oder andere Daten übertragen zu können, ist ein Mobilfunknetz erforderlich. Dieses Netz wird in Waben unterteilt, die auch als Funkzellen bezeichnet werden. Jede Funkzelle wird durch eine Sende- und Empfangsstation „versorgt“. Die Zellengröße und die Zahl der Sendeanlagen ist abhängig von der Zahl der Nutzer und der Nutzungsart bzw. den Anwendungen (Telefonieren, Internet, Mobile-Commerce etc.). Die zunehmende Nutzerzahl und die neuen Anwendungen erfordern ein dichteres Mobilfunknetz, d.h. die einzelnen Netzbetreiber müssen die Funkzellen ihrer Netze verkleinern und mehr Sendeanlagen aufstellen.



Wabengeflecht des Mobilfunknetzes vor und nach der Verdichtung

Wird die Funkzelle verkleinert, muss die maximale Leistung der Sendeanlage reduziert werden, um Nachbarzellen nicht zu stören. Im unmittelbaren Umfeld der Sendeanlagen kommt es somit zu einer Reduzierung der hochfrequenten elektromagnetischen Felder.

Hinzu kommt, dass Sendeanlagen und Handys so konstruiert sind, dass sie jeweils mit der niedrigsten Leistung arbeiten, die für die Übertragung erforderlich ist. Die geringeren Abstände zwischen Sendeanlage und Handy führen daher ebenfalls zur Reduzierung der Feldintensitäten. Andererseits müssen, wie oben ausgeführt, für die Zellenverkleinerung zusätzliche Sendeanlagen errichtet werden. Eine Netzverdichtung führt somit zu einer gleichmäßigeren Verteilung dieser elektromagnetischen Felder.

Für den neuen Mobilfunkstandard UMTS werden von den Netzbetreibern nun jeweils neue Mobilfunknetze mit eigenen Sendeanlagen aufgebaut. Die heutigen GSM-Mobilfunknetze (Global System for Mobile Communications) werden daneben weiter bestehen.

Vor diesem Hintergrund ist grundsätzlich von einem Anstieg der Feldintensität im Bereich der hochfrequenten Felder auszugehen.

Mobilfunksendeanlagen haben vereinfacht dargestellt eine kegelförmige **Abstrahlcharakteristik**, d. h., die Felder werden gebündelt in eine bestimmte Richtung ausgestrahlt. Vergleichen kann man dies mit dem Lichtkegel einer Taschenlampe: Befindet man sich außerhalb dieses Kegels oder entfernt sich von der Lichtquelle, nimmt die Lichtintensität ab.



Ähnlich verhält es sich mit der Hauptabstrahlrichtung der Sendeanlage. Die Feldstärke ist im Sendekegel deutlich stärker als im Sendeschatten und nimmt mit der Entfernung deutlich ab. Grundsätzlich ist die Feldstärke jedoch auch im Sendeschatten noch groß genug, um dort telefonieren zu können. Als vereinfachte Regel der Feldminderung gilt, dass bei einer Verdopplung des Abstands die Feldstärke mindestens halbiert wird. Neben der Sendeleistung sowie dem Winkel und Abstand zwischen Sendeanlage und Aufenthaltsort haben auch Faktoren wie Bebauung, Baumaterialien, Vegetation, Jahreszeit und Witterung durch Dämpfung bzw. Reflexion einen Einfluss auf die Feldintensität.

Nicht selten geht eine höhere individuelle Belastung mit hochfrequenten elektromagnetischen Feldern von anderen Quellen als den Mobilfunksendeanlagen aus:

1. Handys:

Beim Telefonieren mit dem Handy ist die direkt am Kopf auftretende Feldintensität aufgrund des geringen Abstandes zwischen Kopf und Antenne, trotz der geringeren Sendeleistung in der Regel um Größenordnungen höher als die Feldintensität durch eine Mobilfunksendeanlage im unmittelbaren Umfeld. Vor dem Handykauf sollte daher gründlich überlegt werden, ob diese Anschaffung überhaupt notwendig ist. Fällt die Entscheidung für den Erwerb, ist ein Handy mit möglichst geringer Strahlungsintensität (spezifischer Absorptionsrate / SAR) zu wählen. Selbstverständlich ist es zur Reduzierung der individuellen Belastung zudem sinnvoll, wenig mit dem Handy zu telefonieren. Dies empfiehlt auch das Bundesamt für Strahlenschutz insbesondere für Kinder.

2. Schnurlostelefone:

Auch Schnurlostelefone können den Aufenthaltsbereich deutlich stärker mit hochfrequenten elektromagnetischen Feldern belasten als umliegende Mobilfunksendeanlagen. Dies ist zumeist der Fall, wenn die Basisstation eines Schnurlostelefons mit DECT-Standard in der Nähe von Hauptaufenthaltsorten in der Wohnung steht. DECT-Telefone senden permanent hochfrequente elektromagnetische Felder, auch wenn sich der Hörer in der Basis- bzw. Ladestation befindet. Bei DECT-Geräten, sollte die Basisstation in größerer Entfernung zu Daueraufenthaltsbereichen aufgestellt werden.

3. Babyfone:

Auch Babyfone belasten ihre Umgebung mit elektromagnetischen Feldern. Unabhängig vom Gerät ist ein Sicherheitsabstand zwischen Babyfone und Kinderbett von mindestens einem Meter einzuhalten.

4. Computermonitore und Fernsehgeräte:

Von Computermonitoren und Fernsehgeräten geben neben den statischen und niederfrequenten Feldern auch hochfrequente elektromagnetische Felder aus. Ein neuer Computermonitor sollte daher dem sogenannten TCO 99 - oder zumindest dem MPR II – Standard genügen. Diese Standards orientieren sich an der technisch realisierbaren Strahlungsarmut. Für Fernsehgeräte existieren bisher keine mit TCO oder MPR vergleichbaren Standards. Die von Fernsehgeräten ausgehenden Felder sind in der Regel stärker. Bei einem Betrachtungsabstand über 2 Meter ist der Nutzer allerdings nur einer geringen Feldintensität ausgesetzt.

5. Mikrowellenherde:

Auch beim Betrieb von technisch intakten Mikrowellenherden kommt es zu geringer Leckstrahlung. Daher sollten die Nutzer nicht mit dem Gesicht am Sichtfenster des Mikrowellenherdes „kleben“. Abnutzungserscheinungen an den Türen der Mikrowellenherde können die Feldstärke vor dem Gerät erhöhen. Selbstverständlich bleiben unabhängig von diesen Hinweisen Empfehlungen zur Reduzierung niederfrequenter Felder - wie beispielsweise der Verzicht auf den „stand by“-Modus - bestehen.

(s. hierzu auch: <http://www.heise.de/ct/00/14/218/>)

3. Beschlusslage in den Ratsgremien, Ergebnis Infoveranstaltung 2003

Hinsichtlich der grundsätzlichen Problematik „Mobilfunk“ wird an dieser Stelle auf die Vorlagen 2002/132, 2002/313, 313A, 313B und 2003/121 verwiesen, in denen über das Thema sehr umfangreich berichtet wurde und deren Inhalt hier teilweise der Übersichtlichkeit halber wiedergegeben wurde.

Seinerzeit wurde seitens der Verwaltung über den künftigen Umgang bei der Standortwahl berichtet. Ergebnis war die einvernehmliche Festlegung auf folgenden Kriterien:

1. Es wird versucht, den Betreiber zu einem Abstand von 300 m Entfernung zu Wohngebieten und 200 m zu Einzelhäusern zu bewegen.
2. Anlagen sollen wegen der Ästhetik auf bereits vorhandenen Gebäuden errichtet werden, um die Auffälligkeit zu reduzieren.
3. Auf das Ortsbild ist Rücksicht zu nehmen.
4. Eine Nähe zu Schulen und Kindergärten soll verhindert werden.

Für die vereinbarten Abstände gibt es gegenwärtig aus wissenschaftlicher Sicht keine Notwendigkeit – es handelt sich vielmehr um eine **politische Festlegung**.

Darüber hinaus hat der Verwaltungsausschuss am 20.05.2003 (Vorlage 2002/313 B) folgende Regelung beschlossen:

1. Sofern Standortvorschläge durch die Mobilfunkanbieter gegeben werden, wird der Verwaltungsausschuss unverzüglich informiert. Gemäß der Vereinbarung zwischen den Mobilfunkanbietern und den kommunalen Spitzenverbänden von 2001 hat die Gemeinde nach Eingang des Standortvorschlages acht Wochen Zeit Ihre Anregungen und Bedenken vorzubringen und gegebenenfalls eigene Standortvorschläge zu machen. Auf diese Weise wird eine weitest gehende Einflussnahme auf sensible Bereiche wie Schulen, Kindergärten gesichert. Auch kann die Auswirkung auf das Orts- und Landschaftsbild diskutiert werden. Die Verwaltung wird hierzu in jedem Einzelfall die jeweiligen Vor- und Nachteile vorstellen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Bundes- und Landesregierung anzuschreiben und auf die kommunalen Probleme im Bezug auf den Mobilfunk hinzuweisen.

Ein entsprechendes Schreiben wurde seinerzeit an die zuständigen Ministerien gesandt und beantwortet.

Die genannten Kriterien und der vereinbarte Bearbeitungsablauf wurden bei den jüngsten Standortentscheidungen weitestgehend berücksichtigt.

Daneben hat die Verwaltung am 02.03.2003 eine hochgradig besetzte Informationsveranstaltung in der neuen Aula durchgeführt, bei der 38 interessierte Bürgerinnen und Bürger zugegen waren. Das Protokoll zu dieser Veranstaltung ist dieser Anlage als Anlage 2 beigelegt.

4. aktueller Sachstand zur Beschlusslage

Bereits im Juli 2001 wurde zwischen den Mobilfunkbetreibern und den kommunalen Spitzenverbänden eine Vereinbarung über den Informationsaustausch und die Beteiligung der Kommunen beim Ausbau des Mobilfunknetzes geschlossen. Diese Vereinbarung wurde als Anlage 1 beigelegt. Durch die Vereinbarung ist es den kommunalen Spitzenverbänden gelungen, ein für die Gemeinden weitgehendes Mitspracherecht bei der Auswahl von Mobilfunkstandorten durchzusetzen. Kernstück der Vereinbarung ist die Selbstverpflichtung der Mobilfunkanbieter, die Gemeinden über ihre Pläne zum Netzausbau zu informieren bevor eine endgültige Standortentscheidung gefallen ist. Dabei haben sich die Anbieter verpflichtet, alle in Frage kommenden Standorte zu benennen. Ferner besteht die Verpflichtung, von den Kommunen vorgeschlagene Alternativstandorte für Mobilfunkanlagen vorrangig zu berücksichtigen, sofern dies technisch unter zumutbaren wirtschaftlichen Bedingungen zu realisieren ist. Städtebauliche Belange sollen durch möglichst optimale Nutzung vorhandener und zukünftiger Antennenstandorte gewahrt werden.

Diese Rahmenvereinbarung wurde durch das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) Anfang 2003 auf seine Praxistauglichkeit untersucht. Difu untersuchte Auswirkungen der Rahmenvereinbarung zwischen Mobilfunknetzbetreibern und kommunalen Spitzenverbänden. (siehe hierzu : <http://edoc.difu.de/orlis/DF6761.pdf>)

Die 2003 vorliegenden Ergebnisse dieses sogenannten Monitorings, das vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), Berlin, im Auftrag des Informationszentrums für Mobilfunk durchgeführt wurde, zeigen, dass sich die Situation zwischen den Kommunen und den Netzbetreibern nach der Einschätzung beider Seiten deutlich verbessert hat: Jeweils mehr als zwei Drittel der Befragten - Netzbetreiber auf der einen und Kommunen auf der anderen Seite - sehen das so. Diese Verbesserung zeigt sich auch an zahlreichen Einzelaspekten - beispielsweise:

- Die Zahl der Konflikte bei Standortverfahren ist relativ gering. Mehr als drei Viertel der Befragten bei Gemeinden sowie Betreibern gaben an, dass es selten oder nie Konflikte gebe.
- Die Beilegung der Konflikte erfolgt nach Angaben beider Seiten in mehr als 50 Prozent der Fälle (nach Einschätzung der Betreiber sogar in vier Fünftel aller Fälle) bilateral, also ohne die Einschaltung Dritter.
- Trotz dieser positiven Beurteilung der Vereinbarung im Grundsatz zeigen sich in einigen Fragen auch divergierende Einschätzungen und Bewertungen der Kommunen und Betreiber. Dies wird in den unterschiedlichen Einschätzungen der Verbesserungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten der Vereinbarung deutlich:
- So sind die Kommunen - im Gegensatz zu den Netzbetreibern - der Meinung, dass die Qualität und Rechtzeitigkeit der Informationen von Seiten der Netzbetreiber noch verbessert werden sollte. Hier sehen die Betreiber ihre Aufgaben als sehr viel besser erfüllt an, als Kommunen ihnen dies bestätigen wollen.
- Fast die Hälfte der Betreiber ist der Meinung, dass auch schon vor der Vereinbarung die Standortentscheidungen im Konsens erfolgt seien, bei den Gemeinden sind dies nur 28 Prozent.

- Ein empfindlicher Punkt der Vereinbarung scheint auch die Acht-Wochen-Frist für den Abschluss des Standortverfahrens zu sein: Mehr als der Hälfte aller Gemeinden gibt an, dass diese Frist selten oder nie eingehalten wurde, die Betreiber sehen dies erstaunlicherweise positiver.
- Aus diesen unterschiedlichen Einschätzungen und Interessenlagen leiten sich auch unterschiedlich akzentuierte Schlussfolgerungen der beiden Seiten ab, die sich etwa auf die
 - Frage der Fristen,
 - die Stärkung kommunaler Informationsrechte,
 - die weitere Normierung des Verfahrens oder
 - die Abstimmung der Betreiber untereinander beziehen.

Die Ergebnisse der Untersuchung beruhen auf einer Umfrage bei allen Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern, einer Stichprobe von Gemeinden mit einer Einwohnerzahl zwischen 5000 und 50000, einer Stichprobe von Landkreisen sowie den Netzbetreibern. Der Rücklauf lag bei den Gemeinden bei durchschnittlich 52, bei den größeren Städten bei bis zu 90 und bei den Netzbetreibern (bezogen auf die in die Untersuchung einbezogenen Gemeinden) bei über 90 Prozent.

Das Difu-Gutachten bezieht sich ausschließlich auf das Verhältnis zwischen den Kommunen und den Netzbetreibern. Das Verhältnis zu den Bürgern sowie materielle Fragen des Planungsrechts oder der Grenzwerte waren nicht Gegenstand der Untersuchung.

Auf das komplette Gutachten kann unter <http://edoc.difu.de/orlis/DF6761.pdf> heruntergeladen werden.

Daneben ist verwaltungsseitig die äußerst positive Erfahrung gemacht worden, dass die Mobilfunkanbieter auch bereit sind, auf die Wünsche der Gemeinde hinsichtlich der Gestaltung des jeweiligen Mastes einzugehen.

5. Zukünftiges Verfahren

Die Verwaltung ist der Auffassung, dass die geltende Beschlusslage der Ratsgremien sich bewährt hat und auch zukünftig weiterverfolgt werden soll.

6. Aktuelle Planungen

Gegenwärtig sind lt. Verzeichnis der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post in der Gemeinde diverse Sendeanlagen an folgenden Standorten genehmigt, wobei einige Standorte mehrere Sendeanlagen beherbergen:

Ort	Straße
Rastede-Wapeldorf	Spohler Straße
Rastede	Rehornweg
Neusüdende	K 135
Hahn-Lehmden	Bahnweg
Rastede	Stellmoorweg
Rastede	Leuchtenburger Straße
Rastede	Baumgartenstraße
Wahnbek	Sandbergstraße
Wahnbek	Am Nordkreuz
Wapeldorf	Dringenburger Straße
Lehmden	Werkstraße
Hahn-Lehmden	Zur Waage

Darüber hinaus liegen zum Teil veraltete Genehmigungen vor für folgende Standorte:

Ort	Straße
Südende	Seilerweg
Südende	Im Dreieck

Nach Kenntnis der Verwaltung befinden sich darüber hinaus folgende Standorte in Vorbereitung:

1. Seilerweg – über diesen Standort wurde bereits berichtet. Ein Bauantrag wird nach Auskunft eines Mobilfunkanbieters in Kürze gestellt (siehe Anlage 3!)
2. Loyerberg, Klarmanns Kamp – Baugenehmigung wurde kürzlich gestellt – über diesen Standort wurde bereits berichtet.

Des weiteren gibt es Suchbereiche:

1. Im Bereich Hostemost (nördlich Raiffeisenstraße) – über diesen Standort wurde bereits berichtet. In diesem Bereich ist aber noch kein konkreter Standort festgelegt worden.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass es auch bei weiteren neuen Standortanfragen voraussichtlich immer wieder zu Konflikten zwischen unterschiedlichen Interessen kommen wird.

Im Sinne des Orts- und/oder des Landschaftsbildes sinnvolle Standorte können auf Widerstand bei benachbarten Grundstückseigentümern stoßen. Daneben müssen die Mobilfunkanbieter auf den Erkenntnissen ihrer jeweiligen Netzwerkplanung beruhende sinnvolle Standorte wählen. Letzteres ist auch gerade im Sinne der Gemeinde, die die Zahl der Standorte möglichst gering halten sollte, um das Orts- bzw. Landschaftsbild nicht über Gebühr zu beeinträchtigen. Bei dieser Standortwahl ist die Gemeinde gut beraten, weiterhin an ihren oben genannten Kriterien weitestgehend festzuhalten.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Vereinbarung zwischen den Mobilfunkbetreibern und den kommunalen Spitzenverbänden über den Informationsaustausch und die Beteiligung der Kommunen beim Ausbau des Mobilfunknetzes, 2001
2. Protokoll Infoveranstaltung vom 02.03.2003
3. Lageplan Standort Südende

Vereinbarung

über den Informationsaustausch und die Beteiligung der Kommunen beim Ausbau der Mobilfunknetze

zwischen

**Deutscher Städtetag
Deutscher Landkreistag
Deutscher Städte- und Gemeindebund**

- im folgenden „kommunale Spitzenverbände“ genannt –

und

**DeTeMobil Deutsche Telekom MobilNet GmbH
E-Plus Mobilfunk GmbH & Co. KG
Group 3G
Mannesmann Mobilfunk GmbH
MobilCom Multimedia GmbH
VIAG Interkom GmbH & Co**

- im folgenden „Mobilfunknetzbetreiber“ genannt –

Präambel

Der Mobilfunk hat in den vergangenen Jahren in Deutschland ein rasantes Wachstum erfahren. Er hat sich zu einem der wichtigsten Teilbereiche der Informations- und Kommunikationstechnologien entwickelt.

Die kommunalen Spitzenverbände und die Mobilfunknetzbetreiber sind sich einig in der Auffassung, dass eine leistungsfähige Mobilfunk-Netzinfrastruktur ein wesentlicher Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung in den Städten, Kreisen und Gemeinden ist. Sie wollen gemeinsam dazu beitragen, einen gesundheitsverträglichen, wettbewerbsgerechten und raschen Ausbau der Mobilfunktechnik in Deutschland und insbesondere den Aufbau der UMTS Technik möglichst flächendeckend voranzutreiben.

Mobilfunknetzbetreiber und kommunale Spitzenverbände halten es für erforderlich die Forschung auf dem Gebiet der elektromagnetischen Felder zu intensivieren, um die Grenzwerte fortlaufend zu prüfen und damit auch zukünftig den Gesundheitsschutz im Sinne der Vorsorge sicherzustellen.

Bei der zukünftigen Planung von Standorten für Mobilfunkanlagen werden von den kommunalen Spitzenverbänden und den Mobilfunknetzbetreibern einvernehmliche Lösungen angestrebt; dabei sind die kommunalen Belange ebenso zu berücksichtigen, wie den Belangen der Mobilfunknetzbetreiber Rechnung zu tragen ist.

Die Mobilfunknetzbetreiber und die kommunalen Spitzenverbände wollen der in Teilen der Bevölkerung entstandenen Besorgnis um mögliche Auswirkungen auf die Gesundheit sowie ortsbildgestaltende Belange Rechnung tragen. Durch eine umfassende Information der Kommunen und ihrer Bürgerinnen und Bürger sowie durch eine enge Kooperation und offene Kommunikation mit der jeweiligen kommunalen Gebietskörperschaft sollen die örtlichen Belange Berücksichtigung finden, um einen möglichst konfliktfreien Infrastrukturausbau zu ermöglichen.

Die Mobilfunknetzbetreiber und die kommunalen Spitzenverbände wollen mit dem Abschluß dieser Vereinbarung einen bundeseinheitlichen Rahmen schaffen, der eine Einbindung der Kommunen beim Aufbau der Netzinfrastruktur sicherstellt und damit zugleich eine Verbesserung der Akzeptanz durch die Kommunen und ihrer Bevölkerung erreicht.

Hierzu werden folgende Regelungen vereinbart:

1 Informationen über die bestehenden und zukünftigen Mobilfunknetze

- 1.1 Mobilfunknetzbetreiber und kommunale Spitzenverbände sehen die Bereitstellung der aktuellen Standortdaten über die ortsfesten Sendeanlagen im Bereich der jeweiligen Kommune unter Beachtung der rechtlichen Vorschriften als wichtige Information für die Kommunen an.

Da diese Daten vollständig und aktuell bei der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (RegTP) vorhanden sind, setzen sich beide Seiten für eine Lösung in Zusammenarbeit mit der RegTP und unter Rückgriff auf die RegTP-Daten ein. Sollte dies nicht möglich sein, verpflichten sich die Mobilfunknetzbetreiber in Absprache mit den kommunalen Spitzenverbänden eine RegTP-unabhängige Lösung bereitzustellen.

- 1.2 Mobilfunknetzbetreiber und kommunale Spitzenverbände stimmen darin überein, dass ein regelmäßiger Austausch über den Ausbau- und Planungsstand der Netzinfrastruktur auf regionaler Ebene als Maßnahme zur frühzeitigen Einbeziehung der Kommunen notwendig ist.

Jeder Mobilfunknetzbetreiber wird deshalb den Kommunen regelmäßige und am Informationsbedarf orientierte Gespräche zum aktuellen Ausbau- und Planungsstand anbieten.

In Absprache können diese Gespräche, z. B. auf regionaler Ebene in Abstimmung mit den betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften erfolgen.

- 1.3 Mobilfunknetzbetreiber und kommunale Spitzenverbände befürworten einen direkten und schnellen Informationsaustausch auf der Fachebene.

Jeder Mobilfunknetzbetreiber benennt hierfür gegenüber den Kommunen einen zuständigen Ansprechpartner, der für Fragen zur Mobilfunktechnik und für konkrete Fragen zu Standorten des Mobilfunknetzbetreibers im Bereich der Kommune zur Verfügung steht.

Ansprechpartner auf Seiten der Kommune ist der jeweilige Hauptverwaltungsbeamte, soweit nicht eine bestimmte Dienststelle benannt wird.

2 Vorgehensweise beim Bau neuer Sendeanlagen

- 2.1 Die Mobilfunknetzbetreiber bieten den Kommunen an, sie über ihre Pläne für den Bau neuer Senderanlagen zu informieren. Der Zeitpunkt für diese Information ist so zu wählen, dass der Kommune ein angemessener Zeitraum zur Stellungnahme verbleibt und die endgültige Standortentscheidung noch offen ist.

- 2.2 Die Kommune kann ihrerseits Standortvorschläge für neue Sendeanlagen unterbreiten; die Mobilfunknetzbetreiber sagen zu, diese Vorschläge bzw. Hinweise der Kommune zu Standorten vorrangig und ergebnisoffen zu prüfen. Stellen die Betreiber die funktechnische Eignung und wirtschaftliche Realisierbarkeit dieser Standorte fest, sagen die Betreiber zu, diese vorrangig zu verwirklichen. Wenn die Standortvorstellungen der Kommune aus funktechnischen oder wirtschaftlichen Gründen nicht zu realisieren sind, ist das der Kommune zu begründen und bei Vorliegen entsprechender Möglichkeiten ein weiterer konkreter Einigungsversuch zu unternehmen. Beide Seiten gehen davon aus, daß das gesamte Abstimmungsverfahren für einen konkreten Standort innerhalb von 8 Wochen abgeschlossen wird.

- 2.3 Die Mobilfunknetzbetreiber und die kommunalen Spitzenverbände streben an, daß die Standortentscheidungen einvernehmlich erfolgen und daß auch bei umstrittenen Standorten die Belange und Interessen beider Seiten möglichst weitgehend berücksichtigt werden.

- 2.4 Die Mobilfunknetzbetreiber werden die Kommunen vor Inbetriebnahme über den bevorstehenden Sendebeginn informieren. Diese Information erfolgt zusätzlich zur Anzeigepflicht gegenüber der zuständigen Behörde gemäß 26. BImSchV.

- 2.5 Die Mobilfunknetzbetreiber streben aufgrund der großen Anzahl von Antennenstandorten - zur Wahrung städtebaulicher Belange – die möglichst optimale Nutzung von vorhandenen und zukünftigen Antennenstandorte an.

3 Allgemeine Maßnahmen

- 3.1 Die Mobilfunknetzbetreiber bieten an, in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden auf Länderebene übergreifende Informationsveranstaltungen zu Fragen des Mobilfunks in den einzelnen Bundesländern durchzuführen.
- 3.2 Die Mobilfunknetzbetreiber werden gemeinsam mit dem Informationszentrum Mobilfunk (IZM) geeignete Informationsmaterialien zu den Aspekten der mobilen Kommunikation zur Verfügung stellen. Dabei soll in Zusammenarbeit zwischen dem IZM und den kommunalen Spitzenverbänden Material entwickelt werden, das besonders auf den Informationsbedarf der Kommunen zugeschnitten ist.
- 3.3 Entsprechend ihrer Möglichkeiten nutzen die kommunalen Spitzenverbände ihre verbandsinternen Kommunikationsmöglichkeiten, um eine verbesserte Information der Kommunen über alle in Zusammenhang mit der Mobilfunkentwicklung relevanten Fragestellungen zu erreichen.
- 3.4 In Anbetracht der wirtschaftlichen Bedeutung der Mobilfunkinfrastruktur - auch für die Kommunen - erscheint die Bereitstellung kommunaler Liegenschaften zur Installation neuer Sendeanlagen folgerichtig. Die Spitzenverbände empfehlen daher die Bereitstellung kommunaler Liegenschaften auf Grundlage von mit ihnen abgestimmten Rahmenverträgen zu prüfen.

Die kommunalen Spitzenverbände und die Mobilfunknetzbetreiber schließen diese Vereinbarung in dem Bewußtsein, dass ein partnerschaftliches Zusammenwirken und eine Konfliktminimierung beim Ausbau der Mobilfunknetze für alle Beteiligten vorteilhaft ist. Mobilfunknetzbetreiber und kommunale Spitzenverbände sprechen sich dafür aus, dass zur Berücksichtigung der regionalen und jeweils landesspezifischen Gegebenheiten ggfs. ergänzende Vereinbarungen zum gemeinsamen Vorgehen auf Landesebene entwickelt werden.

Die Beteiligten gehen davon aus, daß Informations- und Beteiligungsmaßnahmen seitens der Betreiber ab dem 4. Quartal 2001 umgesetzt werden.

Für den Deutschen Städtetag:

Köln, den 05.07.2001

gez. Dr. Stephan Articus

Für den Deutschen Landkreistag:

Berlin, den 05.07.2001

gez. Dr. Hans-Henning Becker-Birck

Für den Deutschen Städte- und Gemeindebund:

Berlin, den 05.07.2001

gez. Dr. Gerd Landsberg

Für DeTeMobil Deutsche Telekom MobilNet GmbH:

Bonn, den 05.07.2001 gez. K. Hummel

Für E-Plus Mobilfunk GmbH & Co. KG:

Düsseldorf, den 05.07.2001 gez. U. Bergheim i.V. K. Menzel

Für Group 3G:

München, den 05.07.2001 gez. E. Folgmann

Für Mannesmann Mobilfunk GmbH:

Düsseldorf, den 05.07.2001 gez. H. Hoffmann

Für MobilCom Multimedia GmbH:

Büdelsdorf, den 05.07.2001 gez. G. Schmid

Für VIAG Interkom GmbH & Co:

München, den 05.07.2001 gez. K.-W. Rohrsen ppa. W. Krüger

Protokoll Informationsveranstaltung 02.04.2003

Anwesende: ca. 38 Gäste, darunter die Ratsmitglieder Sager-Gertje, Tensfeldt, Schwalbe, Fisbeck, Röben, Langhorst und Langfermann, Mitglieder Bürgerinitiative Rostrup, Mitglieder Bürgerinitiative Hahn und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung.

1. Begrüßung

Bürgermeister Decker begrüßt die anwesenden Gäste und die Besucher und gibt einen allgemeinen Einblick in die Thematik. Er übergibt die Leitung der Veranstaltung an Frau Ute Aderholz.

2. Einführung in das Thema

Frau Aderholz führt in das Thema Mobilfunk ein und nimmt Bezug auf die mit der Einführung des Mobilfunks verbundenen Probleme und Diskussionen sowie auf die Vereinbarung der Mobilfunkanbieter mit den kommunalen Spitzenverbänden.

Herr Fanasch von der T-Mobil Deutschland gibt einen Überblick über die Entwicklung der Mobilfunknutzung in Deutschland seit den 50er Jahren. Demnach seien heute ca. 56 Millionen Bundesbürger Kunden von Mobilfunkanbietern. Kundenbedürfnisse nach einer Grundversorgung mit mobilen Datentransfermöglichkeiten seien nicht zuletzt aufgrund der Lizenzvereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Mobilfunkanbietern entstanden. Ziel des UMTS-Ausbaus sei es daher, die Bevölkerung zu versorgen. Auch sei Mobilfunk ein wichtiger Standortfaktor für Gewerbebetriebe und somit auch für die jeweiligen Kommunen. Herr Fanasch weist auf eine Selbstvereinbarung der Anbieter mit dem Bund hin, wonach eine abgestimmte Mitnutzung zur Bündelung von Standorten eine Selbstverpflichtung der Mobilfunkanbieter sei. Auch sollen durch diese Selbstverpflichtung Schulen und Kindergärten sowie ähnlich sensible Bereiche möglichst von einer Exposition ausgenommen werden.

Die aktuellen Diskussionen um den Mobilfunk und die bisher nicht geklärten Risiken seien Gegenstand umfangreicher Forschung, an der sich sowohl der Bund als auch die Mobilfunkanbieter mit Millionen Summen beteiligten.

Herr Scheibert weist darauf hin, dass das Thema Mobilfunk bei der Bevölkerung häufig erst dann ins Bewusstsein trete, wenn in unmittelbarer Nachbarschaft ein Turm aufgebaut werde. Dabei sei ihm klar, dass die Belastung nicht nur vom Mobilfunkturm sondern auch von den mobilen Endgeräten, sprich den Handys ausgehe. Der wesentliche Unterschied zwischen Antennenstandorten und Handys sei jedoch, dass sich jedermann bei dem Benutzen eines Handys für oder gegen ein solches entscheiden könne, er der Sendeleistung eines Antennenstandortes jedoch ausgeliefert sei. Es gäbe nach dem gegenwärtigen Stand der Wissenschaft zudem mehrere Hinweise auf Störungen von Organismen wie z. B. Aborte von Kühen in der Nähe von Sendeanlagen. Auch appellierte Herr Scheibert an die Verantwortlichen, die häufig der Auffassung seien, dass sie doch nichts tun könnten. Er fordert ein Moratorium auf Gemeindeebene.

Herr Scheibert ist außerdem der Auffassung, dass weder Schädlichkeit noch Unschädlichkeit des Mobilfunks bewiesen seien und lässt es offen, welche Konsequenzen der Nachweis einer Schädigung durch Mobilfunk im Hinblick auf die Mobilfunkanbieter und die Bevölkerung sowie auf die Politik nach sich ziehen würde. Er vertritt zudem die Auffassung, dass auch auf kommunaler Ebene einiges bewegt werden könne.

Herr Professor Dr. med. Frentzel-Beyme verweist zunächst allgemein darauf, dass die Ergebnisse der Wissenschaft schon laut Einstein einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollten. Er wirft den Betreibern von Mobilfunkanlagen vor, nur selektive Forschungsergebnisse für ihre Argumentationen zu verwenden. Professor Neitzke vom Ecoleg-Institut hätte diese Verhaltensweise der Betreiber anhand von Forschungsarbeiten nachgewiesen. Herr Frentzel-Beyme weist auf Beispiele aus dem näheren Ausland wie z. B. Genf hin, wo der Mobilfunk nach Möglichkeit eingeschränkt werden solle. Hier gäbe es anhand einer Informationsbroschüre Tipps zum zurückhaltenden Telefonieren usw.. In der nächsten Ausgabe der Zeitschrift „Umweltmedizin und Gesellschaft“ sei eine Übersetzung des bisher nur in französischer Sprache erschienenen Artikels.

Herr Frentzel-Beyme erläutert, dass verschiedene Strahlungsarten auf den menschlichen Körper träfen. So habe man in Genf ein Mobilfunkkataster entwickelt, in der diese verschiedenen Strahlen dargelegt würden. Dies sei nicht zuletzt deswegen geschehen, weil bei der gegenwärtigen Beurteilung von Sendeanlagen nur deren eigene Sendeleistung, nicht aber die kumulative Wirkung mit anderen Strahlen beurteilt würde. Nach einhelliger Meinung von Experten auf Bundesebene sei jedoch nahezu bewiesen, dass Kinder bis zu einem Alter von 16 Jahren einem erhöhten Krebsrisiko in der Nähe von Kurzwellensendern ausgesetzt seien. Insgesamt sei grundsätzlich jeder menschliche Körper anders ausgeprägt und entsprechend verschieden empfänglich.

Herr Trinter von der Bezirksregierung weist auf die Rechtslage hin. Er erläutert den Unterschied zwischen der Niedersächsischen Bauordnung, dem Baugesetzbuch und der Standortbescheinigung durch die Regulierungsbehörde. Festzuhalten hieraus ist, dass große Anlagen grundsätzlich eine Baugenehmigung benötigten, aber Anlagen bis 10 m Höhe genehmigungsfrei seien, sofern sie keine städtebauliche Relevanz hätten. Probleme gäbe es immer, wenn zum Beispiel die gewerbliche Nutzung am Wohnhaus vorliegt. Hier fände eine Verschiebung des Nutzungsgefüges in Baugebieten statt. In allgemeinen Wohngebieten sei eine Mobilfunkanlage ausnahmsweise mit Einvernehmen der Gemeinde zulässig, in WR-Gebieten seien sie grundsätzlich unzulässig, jedoch als untergeordnete Nebenanlagen wiederum ausnahmsweise zulässig.

Herr Trinter weist auf die Steuerungsmöglichkeiten der Gemeinde im Rahmen des Flächennutzungsplanes hin. Hier liege die grundsätzliche Problematik darin, dass neben der reinen Planung auch die Anbieterinteressen hinsichtlich Wirtschaftlichkeit und technischer Erfordernisse zu berücksichtigen seien. Eine Konzentrationsfläche wie zum Beispiel bei Windenergie- oder Tiermastanlagen sei bei Mobilfunk jedoch nicht möglich. Eine Verhinderungsplanung sei ebenfalls nicht rechtmäßig. Die Gemeinde könne jedoch in gewissen Bereichen Sendeanlagen ausschließen. Dies sei zum Beispiel bei hochsensiblen Bereichen wie Baudenkmälern der Fall, bei Schulen jedoch nicht.

Mit der Erteilung der Standortbescheinigung erhalten die Betreiber ein Gutachten, nicht jedoch einen Verwaltungsakt, der gerichtlich anfechtbar ist. Die Genehmigungsbehörden seien aufgrund dieser vorliegenden Gutachten gehalten, entsprechende Anlagen zu genehmigen. Sollte eine Genehmigung versagt werden, müsse vorher ein Gegenbeweis zu der Standortbescheinigung der Regulierungsbehörde vorgelegt werden.

3. In der nachfolgenden Diskussion sprechen sich Bürger für eine höhere Entfernung von Sendeanlagen zur Wohnbebauung aus. Herr Fanasch weist darauf hin, dass eine kleinteilige Gebietsaufteilung von Sendeanlagen grundsätzlich besser sei, um auch die von den Anlagen ausgehenden Strahlungen zu minimieren. Herr Scheibert entgegnet, dass die Meterzahl der Entfernung nicht das entscheidende Problem sei, sondern die Addition aller

in dem Gebiet vorhandenen Strahlungsbelastungen.

Ein Bürger kritisiert, dass für die Werbung der Mobilfunkanbieter am Markt mehr Geld als für die Forschung ausgegeben werde.

Herr Beyme weist in diesem Zusammenhang auf das Beispiel Westoverledingen hin, wo eine Studie zu Schlafstörungen derzeit durchgeführt werde. Das Ergebnis werde in Kürze dem Land Niedersachsen vorgestellt.

Herr Zange von der Mobilfunkinitiative Hahn fordert einen runden Tisch in Rastede mit Ratsmitgliedern, um neue Standorte im Vorhinein zu besprechen. Auch weist er darauf hin, dass vor Installation des Mobilfunkturmes in Hahn Messungen vorgenommen worden seien. Nun nach Installation der Anlage würde man gerne die kostenintensive erneute Untersuchung durchführen, um eine mögliche Veränderung feststellen zu können. Zudem fordert er ein Strahlenkataster auf Landkreisebene.

Herr Fanasch erläutert, dass ein bundesweites Mobilfunkkataster, welches öffentlich für jedermann sein soll, in Vorbereitung sei und derzeit in Abstimmung mit dem Bundeswirtschaftsministerium erarbeitet werde.

Herr Zange fordert eher kleinzellige Sendestrukturen als große einzelne Anlagen wie zum Beispiel in Hahn.

Herr Fanasch begrüßt diese Forderung und weist darauf hin, dass die sogenannten Buseranlagen für eine kleinzellige Versorgung grundsätzlich angestrebt würden.

Herr Scheibert kritisiert, dass sowohl der Bund als auch die Mobilfunkanbieter grundsätzlich zu wenig informieren. Veranstaltungen wie die heutige seien freiwillig jedoch keine Pflicht. Er weist auf den in Oldenburg existierenden Arbeitskreis zur Mobilfunknutzung hin, der jedoch bei der Standortsuche nicht beteiligt werde.

In der nachfolgenden Diskussion wird deutlich, dass die Gemeinde bei Versagen des Einvernehmens im Rahmen des Bauantragverfahrens grundsätzlich diese zu begründen hat. Ein willkürliches Versagen sei rechtswidrig.

Herr Langhorst fordert eine Harmonisierung der in Europa unterschiedlichen Grenzwerte hinsichtlich der maximalen Strahlenbelastung. Er fordert zudem die Mobilfunkanbieter auf, in jedem Einzelfall die geringst mögliche technische Exposition zu realisieren. Auch wirft er die Frage auf, inwieweit Vermieter wie die Gemeinde Rastede haftbar gemacht werden könnten, sofern sich irgendwann einmal herausstelle, dass der Mobilfunk schädlich sei.

Herr Beyme erläutert die verschiedenen Grenzwerte innerhalb Europas. Dabei wird auch in Diskussion mit Herrn Fanasch deutlich, dass häufig unterschiedliche Messorte gewählt werden, was einen Vergleich erheblich erschwere. Herr Fanasch schließt für Rastede andere Grenzwerte, als die in der 26. BImSchVO festgelegten, kategorisch aus.

Herr Beyme kritisiert in diesem Zusammenhang, dass die vorhandenen Grenzwerte unter dem Gesichtspunkt der Machbarkeit des Mobilfunks nicht aber aus Gesundheitsaspekten festgelegt worden seien.

Ein Mitglied von B'90/Die GRÜNEN fordert die Zusammenlegung von D 1 und D 2-Netzen, um die notwendige Strahlung zu minimieren. Herr Fanasch entgegnet, dass vom Bund mehrere Anbieter und somit auch Konkurrenz gewünscht sei.

Herr Trinter wünscht sich für die Zukunft eine europäische Harmonisierung der Grenzwerte und das Recht für Kommunen, größere Verhandlungsspielräume zu erhalten. Ferner ist er der Auffassung, dass Kommunen bei größeren Anlagen das Heft in die Hand nehmen sollten und entsprechende Planungen wie oben erläutert realisieren sollten.

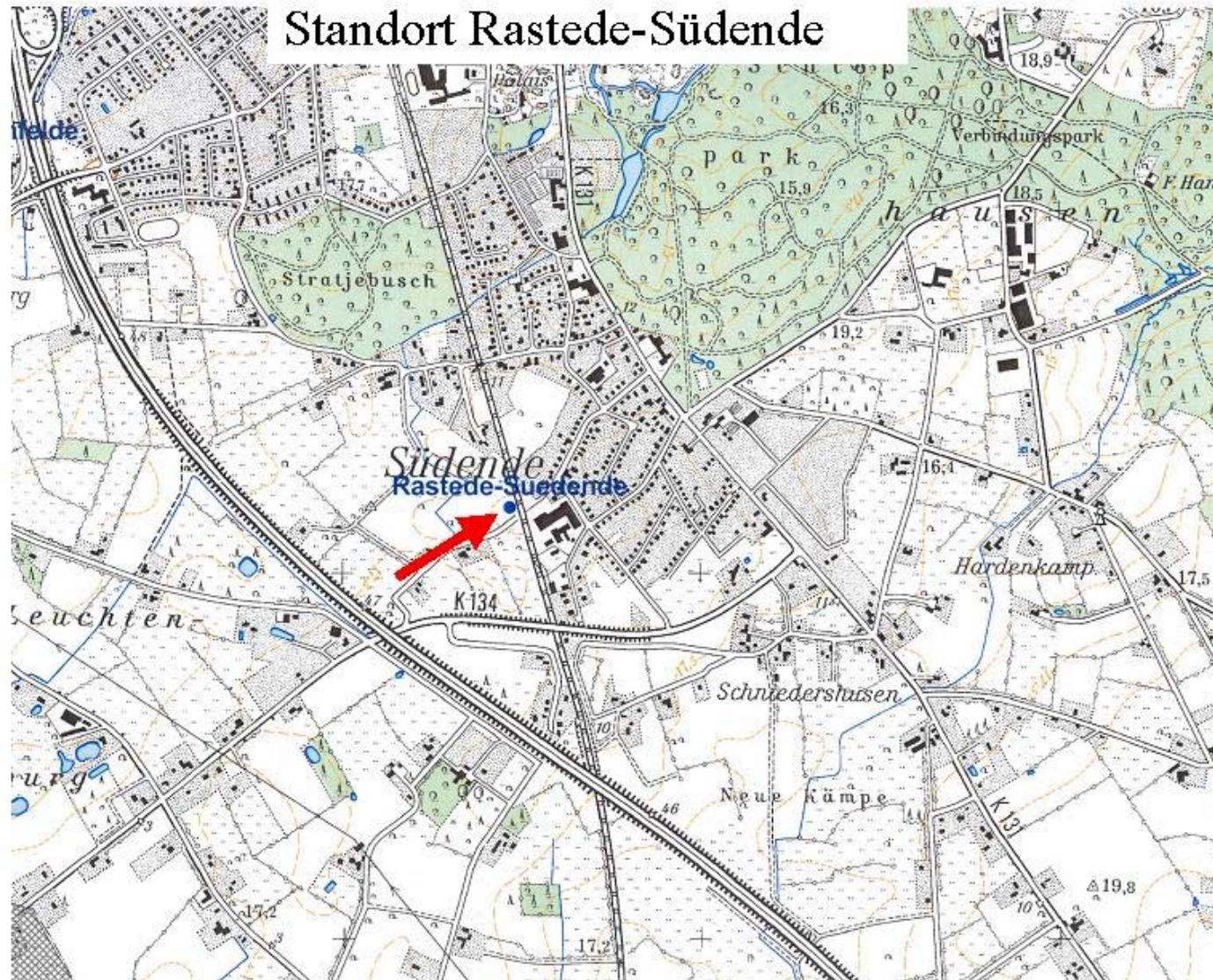
Herr Beyme freut sich auf die mittlerweile nun startende Begleitforschung zum Mobilfunk und erhofft sich hieraus eindeutige wissenschaftliche Aussagen. Auch weist er darauf hin, dass in Kürze Anlaufstellen für Beschwerden auf Bundesebene geplant sind.

Herr Scheibert fordert, dass die Gemeinden Arbeitskreise in Zusammensetzung aus Bewohnern und Planern und Anbietern bilden sollten, um als Ziel die Gestaltung des Ortes anzustreben und um Konzepte zu entwickeln. Auch müsse grundsätzlich ein Recht auf Einflussnahme gesichert werden, wenn Anlagen schädlich sind. Letztlich fordert er eine flächenmäßige Verteilung der Strahlenbelastung des Mobilfunks und anderer Strahlungsquellen, um eine gleichmäßige Belastung der Bevölkerung zu erreichen.

4. Ende der Veranstaltung: 22.40 Uhr.

Für die Richtigkeit:

Zech



B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2005/063

freigegeben am 25.02.2005

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Witte, Arnd

Datum: 25.02.2005

Sanierung der Fassade der Sporthalle Kleibrok

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	14.03.2005	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	05.04.2005	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Sanierung der Fassade in der Sporthalle Kleibrok wird mit Aluminium-Fassadenelementen und Brüstungselementen mit Wellplatten, wie in der Anlage 1 beschrieben, beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

In den Sommerferien 2005 soll die Fassade in der Sporthalle Kleibrok saniert werden.

In den letzten Jahren sind immer häufiger Glasbausteine in der Fassade zerbrochen, die dann aufwendig ausgeschnitten und durch andere, ähnliche Glasbausteine ersetzt werden mussten. Die Schäden an den Glasbausteinen sind zum überwiegenden Teil zurückzuführen auf die immer stärker auftretenden Spannungen in den einzelnen Glasbausteinfeldern.

Es ist daher nicht auszuschließen, dass die Standsicherheit der einzelnen Glasbausteinwände bereits beeinträchtigt ist. Außerdem haben die Schäden an der Glasbausteinfassade schon zum Eindringen von Wasser in die Halle geführt.

Aus diesem Grund ist es geplant, die Glasbausteine in den einzelnen Feldern abubrechen und durch Aluminium-Fassadenelemente zu ersetzen.

Bezüglich der Fassadengestaltung wurden 3 verschiedene Vorschläge ausgearbeitet:

Vorschlag 1

Einbau von insgesamt sieben Aluminium-Fassadenelementen, wobei zwei Elemente bodentief eingebaut werden. An der Giebelseite erhält das Element eine zusätzliche Ausgangstür als Flucht- und Rettungstür.

Die übrigen Elemente erhalten eine Oberlichtverglasung und Brüstungselemente mit Paneelen innenseitig und Brüstungen aus Aluminium-Wellplatten außenseitig. Darüber hinaus erhalten die Stahlbetonstützen einen besseren Wärmeschutz in Form einer Wärmedämmschicht und einer Aluminiumverkleidung.

Vorteil: kostengünstig im Vergleich zu Vorschlag 2 und 3

Durch den Einbau von Paneelen innen kann bei Bedarf eine Prallschutzverkleidung, die bei einer Renovierung der Halle denkbar wäre, nachgerüstet werden.

Die Aufteilung und die Farbgestaltung sind in der Anlage 1 dargestellt.

Vorschlag 2

Wie in Vorschlag 1 beschrieben, jedoch alle Fensterelemente bodentief

Vorteil: bessere Belichtung als bei Vorschlag 1

**Nachteil: schlechterer Sichtschutz durch ganzflächige Verglasung
höhere Kosten als bei Vorschlag 1
der Einbau eines Prallschutzes ist nicht möglich**

Die Aufteilung und die Farbgestaltung sind in der Anlage 2 dargestellt.

Vorschlag 3

Wie bei Vorschlag 1, jedoch werden die Brüstungen außen mit Verblendmauerwerk hergestellt.

Vorteil: Durch den Einbau von Paneelen innen kann bei Bedarf eine Prallschutzverkleidung, die bei einer Renovierung der Halle denkbar wäre, nachgerüstet werden.

**Nachteil: höhere Kosten
Durch den Mindestaufbau der Verblendschale und der Luftschicht verbleibt
wenig Abstand bis zur Stahlbetonvorderkante, was bei seitlichen Anschlüssen zu Problemen führen könnte.**

Die Aufteilung und die Farbgestaltung sind in der Anlage 3 dargestellt.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Kostenschätzung / Fassadengestaltung Vorschlag 1
2. Kostenschätzung / Fassadengestaltung Vorschlag 2
3. Kostenschätzung / Fassadengestaltung Vorschlag 3

Bauvorhaben: Sanierung der Fassade in Sporthalle Rastede- Kleibrok
Bauherrin: Gemeinde Rastede

Kostenschätzung

Vorschlag 1

Schutzmassnahmen und Abbruch

Pos	Leistung	Anzahl	EP	GP
1	Schutzwand aus Spanplatten auf Unterkonstruktion innenseitig vor der Fassade einbauen	140 m ²	30,00 €	4.200,00 €
2	Schutzbelag Sportboden	100 m ²	10,00 €	1.000,00 €
3	Arbeitsgerüst	300 m ²	7,00 €	2.100,00 €
4	Abbruch der Glasbausteinfassade	175 m ²	25,00 €	4.375,00 €
5	Entsorgungskosten	pausch.		2.000,00 €
	Zwischensumme			

Metallbau und Verglasung

6	Aluminium Fassadenelement bodentief 4,50 m x 6,35 m	2 Stck	10.150,00 €	20.300,00 €
7	Türanlage 2 flüglig 2,00 m x 2,10 mals Zulage	1 Stck	3.500,00 €	3.500,00 €
8	Aluminium Fassadenelemente als Oberlicht mit Brüstungselementen innen 4,50 m x 6,35 m	5 Stck	10.150,00 €	50.750,00 €
9	Brüstungselemente aus Aluminium Wellplatten	52 m ²	65,00 €	3.380,00 €
10	Verkleidung und Dämmung der Stahlbetonstützen	65 m	70,00 €	4.550,00 €
11	Fensterbänke	22,5 m	70,00 €	1.575,00 €
12	Regenfallrohre abnehmen und wieder anbauen	pausch.		1.500,00 €

ELT. Installation

13	Anschluss der Oberlichter , Schlüsselschalter etc.			2.500,00 €
----	--	--	--	------------

Innenanstricharbeiten Wärmedämmputz

14	Stahlbetonstützen und Sockel innenseitig streichen			1.500,00 €
15	Wärmedämmputz an Sturz und Sockel	57 m ²	40,00 €	2.280,00 €

	Gesamtkosten netto			105.510,00 €
	16 % MWST			16.881,60 €

Gesamtkosten 122.391,60 €

Sanierung der Fassade in der Sporthalle Kleibrok

Vorschlag 1



Bauvorhaben: Sanierung der Fassade in Sporthalle Rastede- Kleibrok Bauherrin: Gemeinde Rastede

Kostenschätzung

Vorschlag 2

Schutzmassnahmen und Abbruch

Pos	Leistung	Anzahl	EP	GP
1	Schutzwand aus Spanplatten auf Unterkonstruktion innenseitig vor der Fassade einbauen	140 m ²	30,00 €	4.200,00 €
2	Schutzbelag Sportboden	100 m ²	10,00 €	1.000,00 €
3	Arbeitsgerüst	300 m ²	7,00 €	2.100,00 €
4	Abbruch der Glasbausteinfassade	175 m ²	25,00 €	4.375,00 €
5	Entsorgungskosten	pausch.		2.000,00 €
	Zwischensumme			

Metallbau und Verglasung

6	Aluminium Fassadenelement bodentief 4,50 m x 6,35 m	7Stck	11.500,00 €	80.500,00 €
7	Türanlage 2 flüglig 2,00 m x 2,10 mals Zulage	1 Stck	3.500,00 €	3.500,00 €
8	Verkleidung und Dämmung der Stahlbetonstützen	65 m	70,00 €	4.550,00 €
9	Fensterbänke	22,5 m	70,00 €	1.575,00 €
10	Regenfallrohre abnehmen und wieder anbauen	pausch.		1.500,00 €

ELT. Installation

11	Anschluss der Oberlichter , Schlüsselschalter etc.			2.500,00 €
----	--	--	--	------------

Innenanstricharbeiten

12	Stahlbetonstützen und Sockel innenseitig streichen			1.500,00 €
13	Wärmedämmputz an Sturz und Sockel	57 m ²	40,00 €	2.280,00 €
	Gesamtkosten netto			111.580,00 €
	16 % MWST			17.852,80 €

Gesamtkosten	129.432,80 €
---------------------	---------------------

Sanierung der Fassade in der Sporthalle Feldbreite

Vorschlag 2



Bauvorhaben: Sanierung der Fassade in Sporthalle Rastede- Kleibrok Bauherrin: Gemeinde Rastede

Kostenschätzung

Vorschlag 3

Schutzmassnahmen und Abbruch

Pos	Leistung	Anzahl	EP	GP
1	Schutzwand aus Spanplatten auf Unterkonstruktion innenseitig vor der Fassade einbauen	140 m ²	30,00 €	4.200,00 €
2	Schutzbelag Sportboden	100 m ²	10,00 €	1.000,00 €
3	Arbeitsgerüst	300 m ²	7,00 €	2.100,00 €
4	Abbruch der Glasbausteinfassade	175 m ²	25,00 €	4.375,00 €
5	Entsorgungskosten	pausch.		2.000,00 €

Metallbau und Verglasung

6	Aluminium Fassadenelement bodentief 4,50 m x 6,35 m	2 Stck	12.000,00 €	24.000,00 €
7	Türanlage 2 flüglig 2,00 m x 2,10 m als Zulage	1 Stck	3.500,00 €	3.500,00 €
8	Aluminium Fassadenelemente mit Oberlicht und Brüstungselementen 4,50 m x 6,35 m	5 Stck	11.000,00 €	55.000,00 €
9	Verkleidung und Dämmung der Stahlbetonstützen	65 m	70,00 €	4.550,00 €
10	Anschluss Fenster Rollschicht	22,5 m	35,00 €	787,50 €
11	Regenfallrohre abnehmen und wieder anbauen	pausch.		1.500,00 €

Maurerarbeiten

9	Brüstungen aus Verblendmauerwerk	62 m ²	120,00 €	7.440,00 €
10	Rollschichten	22,50 m	50,00 €	1.125,00 €
11	Verfugung	62 m ²		1.000,00 €

ELT. Installation

14	Anschluss der Oberlichter , Schlüsselschalter etc.			2.500,00 €
----	--	--	--	------------

Innenanstricharbeiten, Aussenputz

15	Stahlbetonstützen und Sockel innenseitig streichen	pausch.		1.500,00 €
13	Wärmedämmputz an Sturz und Sockel	57 m ²	40,00 €	2.280,00 €

	Gesamtkosten netto			118.857,50 €
	16 % MWST			19.017,20 €

Geamtkosten	137.874,70 €
--------------------	---------------------

Sanierung der Fassade in der Sporthalle Kleibrok

Vorschlag 3



B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2005/062**

freigegeben am 26.02.2005

GB 3**Datum: 25.02.2005**

Sachbearbeiter/in: Frau Wahl, Kirsten

**Einbau von Verkehrsinseln in der Wilhelmshavener Straße und
Wiefelsteder Straße****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	14.03.2005	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	05.04.2005	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Verkehrsinseln in der Wilhelmshavener Straße und Wiefelsteder Straße in Hahn-Lehmden werden nicht eingebaut.

Sach- und Rechtslage:

In der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 04.11.2003 ist die Verwaltung seinerzeit beauftragt worden, Vorschläge für den Einbau von verkehrsberuhigten Maßnahmen in der Wilhelmshavener Straße und Wiefelsteder Straße zu erarbeiten.

Beide betroffene Straßen sind Landesstraßen und fallen somit in den Zuständigkeitsbereich der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr – Außenstelle Oldenburg. Diese hat am 09.09.2004 schriftlich mitgeteilt, dass von dort grundsätzlich keine Notwendigkeit für den Einbau von Verkehrsinseln aufgrund eines erhöhten Querungsbedarfs, weder im Bereich Ortseingang Nord (Meenheitsweg) noch im Bereich West (Wiefelsteder Straße) gesehen wird. Sollte die Gemeinde Rastede dennoch einen Einbau von Überquerungshilfen beabsichtigen, muss dies mit eigenen finanziellen Mitteln erfolgen.

Gemäß den Vorschriften der EAE beträgt die Mindestbreite einer Überquerungshilfe 2,50 m, damit Radfahrer und Fußgänger dort ungefährdet den Verkehrsstrom abwarten können. Die verbleibende Fahrbahn sollte eine Mindestbreite von 3,50 m pro Fahrbahn haben, damit landwirtschaftliche Fahrzeuge dort ungehindert passieren können. Damit wird eine Fahrbahnbreite von mindestens 9,50 m benötigt um diese Forderungen zu erfüllen.

Die Wilhelmshavener Straße hat im Bereich des Ortseingang Nord (Meenheitsweg) auf Höhe der Feuerwehr folgenden Regelquerschnitt:

	Gehweg:	1,40 m
	Parkstreifen:	2,30 m
Fahrbahn:	7,00 m	
	Berme:	1,35 m
	Geh/Radweg:	1,50 m
	<u>Gesamt:</u>	<u>13,55 m</u>

Die Wiefelsteder Straße hat im Bereich des Ortseingang West auf Höhe des Geschäftshaus Spille folgenden Regelquerschnitt:

	Berme:	1,50 m
	Fahrbahn:	8,60 m
	Sicherheitsstreifen:	0,75 m
	Radweg:	2,00 m
	<u>Gehweg:</u>	<u>2,00 m</u>
Gesamt:	14,85 m	

Bei beiden Straßen reicht die vorhandene Fahrbahnbreite nicht aus, um Überquerungshilfen einzubauen. Eine Umsetzung der Maßnahme ist nur unter Einbeziehung der vorhandenen Nebenanlagen möglich.

Seinerzeit ist beim Ausbau des Einmündungsbereich Oldenburger Straße / Schloßstraße auf den Einbau von einer Überquerungshilfe verzichtet worden, weil die verbleibende Fahrbahn (3,00 m) keine ausreichende Breite für landwirtschaftliche Fahrzeuge hatte. Auch für diesen Antrag liegt bereits ein Schreiben des landwirtschaftlichen Gemeindebeauftragten der Gemeinde Rastede vor, in dem er auf eine Stellungnahme der Landwirtschaftskammer Weser-Ems / Hannover hinweist, dass die verbleibende Fahrbahn mindestens 3,50 m aufweisen muss, damit landwirtschaftliche Fahrzeuge die angedachte Verkehrsberuhigung auch mit größeren Fahrzeugen passieren können. Eine Reduzierung der Fahrbahnbreite würde sich unter Berücksichtigung dieser Forderung zumindest für die Wiefelsteder Straße nicht ergeben können, da die Fahrstreifen bereits nur eine Breite von 3,50 m aufweisen. Bei der Wilhelmshavener Straße würde ein Fahrbahnleiter nur eingebaut werden können, wenn die Nebenanlagen hierfür teilweise aufgegeben würden.

Der Ortsbürgerverein Hahn-Lehmden hatte in einer Besprechung bezüglich des Ausbaus der Meenheitsweges am 23.2.2004 angeregt die Bushaltestelle vom Spar-Markt in den Bereich des Meenheitsweges/WHV-Straße zu verlegen. Am 30.4.2004 schriftlich und am 08.06.2004 fernmündlich wurde der OBV gebeten seinen Vorschlag zu konkretisieren. Bis heute ist keine Reaktion erfolgt.

Finanzielle Auswirkungen:

Zur Zeit keine.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2005/066

freigegeben am 28.02.2005

GB 3

Datum: 28.02.2005

Sachbearbeiter/in: Herr Ammermann, Hans-Hermann

Unterführung für Radfahrer und Fußgänger; Antrag UWG vom 14.02.2005

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	14.03.2005	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	05.04.2005	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der UWG-Fraktion wird im Rahmen der Untersuchung und Erstellung des Verkehrsmodells Rastede-Ortskern mitbehandelt.

Sach- und Rechtslage:

Die UWG-Fraktion im Rat der Gemeinde Rastede hat den in der Anlage beigefügten Antrag gestellt. Er befasst sich, wie auch vorhergehende Anträge, mit der bereits im letzten Bauausschuss beratenen Verkehrssituation im Ortskern.

Es wird vorgeschlagen, im Rahmen der Untersuchung des Verkehrsmodells Rastede-Ortskern diese Dinge mit zu diskutieren.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

Antrag UWG-Fraktion vom 14.02.2005

.....bi us to Hus



Anlage 1 zur Vorlage 2005/066

Unabhängige Wählergemeinschaft Rastede

Fraktion im Rat der Gemeinde

UWG Rastede; Sanddornweg 15; 26180 Rastede

Gemeinde Rastede
Bürgermeister Decker

Fraktionsvorsitzender

Rainer Zörgiebel

Sanddornweg 15

26180 Rastede

Tel: 04402 7812

Fax: 04402 70067

Rainer.zoergiebel@t-online.de

14.02.2005

Unterführung für Radfahrer und Fußgänger

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die UWG Rastede stellt folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeit einer Unterführung für Radfahrer und Fußgänger südlich des Bahnübergangs Schlossstrasse mit Anbindung an den Rad-/Fußweg am Regenrückhaltebecken zu planen und wenn möglich umzusetzen.

Begründung:

Durch den in den nächsten Jahren steigenden Zugverkehr, bedingt durch den Jade – Weser Port, werden die Schrankenschließzeiten immer länger. Durch die sich vor den Schranken bildenden Trauben von Schülern ist eine Verkehrssicherheit nur schwer zu gewährleisten. Mit der Unterführung ist ein großer Schritt zu Schulwegsicherheit zu erwarten. Die Situation für die schwächeren Verkehrsteilnehmer am Bahnübergang wird sich merklich verbessern.

Wir bitten um Beratung in den zuständigen Ausschüssen.

Mit freundlichen Grüßen


Rainer Zörgiebel


Egon Düser

GEMEINDE RASTEDE			
Eing. 21. Feb. 2005			
HVB X	FB	STG	GB

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2005/067

freigegeben am 28.02.2005

GB 3

Datum: 28.02.2005

Sachbearbeiter/in: Herr Ammermann, Hans-Hermann

Inwertsetzung des Denkmalplatzes Rastede

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	14.03.2005	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	05.04.2005	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die auf Seite 19 der Anlage vorgeschlagenen Maßnahmen werden zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt ein Umsetzungskonzept mit Kostenermittlung zu erstellen und diese zu den Haushaltsplanberatungen 2006 vorzulegen.

Sach- und Rechtslage:

Das Architekturbüro Angelis + Partner hat die in der Anlage beigefügte Abhandlung zum Denkmalsplatz Rastede vorgelegt. Auf Seite 19 sind verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen worden.

Es scheint unstrittig zu sein, dass eine vollständige Umsetzung kurzfristig nicht möglich ist. Es sollte daher, unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen, wie z. B. Ersatz für den entgehenden Parkraum, Zufahrt zu den Wohn- u. Geschäftshäusern sowie zur Kirche, ein Maßnahmenprogramm entwickelt werden.

Das dann umzusetzende Maßnahmenprogramm müsste dann mit der Kirchenverwaltung und dem Nutzer der Rechtsanwaltskanzlei abgesprochen werden.

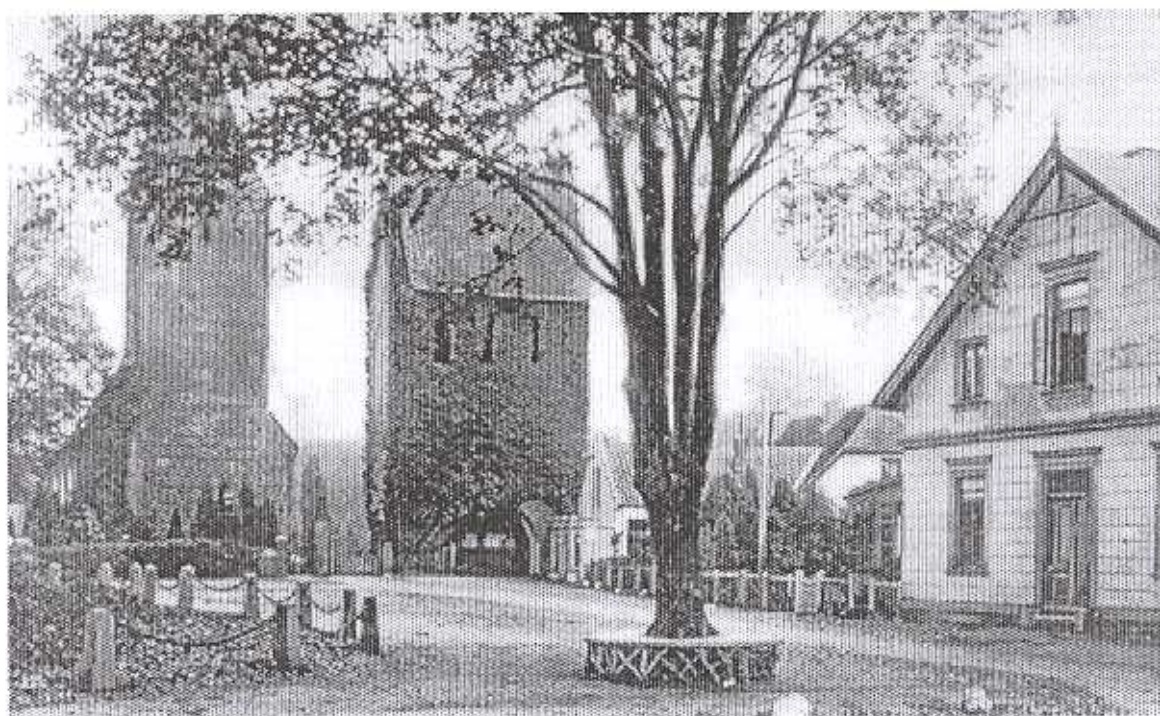
Finanzielle Auswirkungen:

Zur Zeit keine.

Anlagen:

1. Vorschläge Angelis + Partner

DENKMALPLATZ RASTEDE



Vorschläge für die Wiederherstellung
des Platzes nach historischem Vorbild

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Anmerkung zur geschichtlichen Entwicklung	1
Katasterkarte von 1898	2
Vergleich der historischen Karten	3
Bauliche Entwicklung des Platzes zwischen 1845 – 1908 - zeichnerische Darstellung	4-10
Beschreibung des Bestandes	11
Bestand – zeichnerische Darstellung	12
Bestand – Fotodokumentation	13-14
Bestand M 1:100, Planung M 1:100	18
Vorgeschlagene Maßnahmenbeschreibung	19
Vorgeschlagene Maßnahmen – zeichnerische Darstellung	
Variante I	20
Variante II	21
Variante III	22
Einzelheiten der Planung	23-25
Schlußbemerkungen	26

ANMERKUNGEN ZUR GESCHICHTLICHEN ENTWICKLUNG DES DENKMALPLATZES UND SEINER UMGEBUNG

Die ursprüngliche Hauptstraße, sie war auch unter dem Namen „Alter Postweg“ bekannt, führte östlich in Nord-Süd-Richtung an der Kirche vorbei. Nördlich der Kirche zweigte ein Weg nach Westen ab. Er ist nördlich des Friedhofes noch unter dem Namen Friedhofsweg erhalten. Die Poststation befand sich vor der heutigen Gaststätte „Athen“. Der Abzweig verlief in Richtung Westen weiter und trägt heute den Namen Bahnhofstraße.

1840 wurde die heutige Rasteder Hauptstraße (Oldenburger Straße) gebaut; als Folge dieser Maßnahme gab man den Alten Postweg nach und nach auf. Die so neu entstandene Situation wird auf der Katasterkarte von 1845 dargestellt. Der Weg von der neuen Oldenburger Straße zur Kirche ist vermutlich damals mit Kopfsteinpflaster versehen worden.

Um 1870 sind alten Unterlagen zufolge die Linden beidseitig des Friedhofsweges gepflanzt worden, so daß dort eine Allee entstanden ist. Um 1900 zeigen Karten aus der damaligen Zeit, daß sich südlich des Glockenturmes das sogenannte „Glockenheim“ befand. Es handelte sich dabei um einen Anbau, der ab dem 17. Jh. als Schule und Küsterei genutzt worden ist.

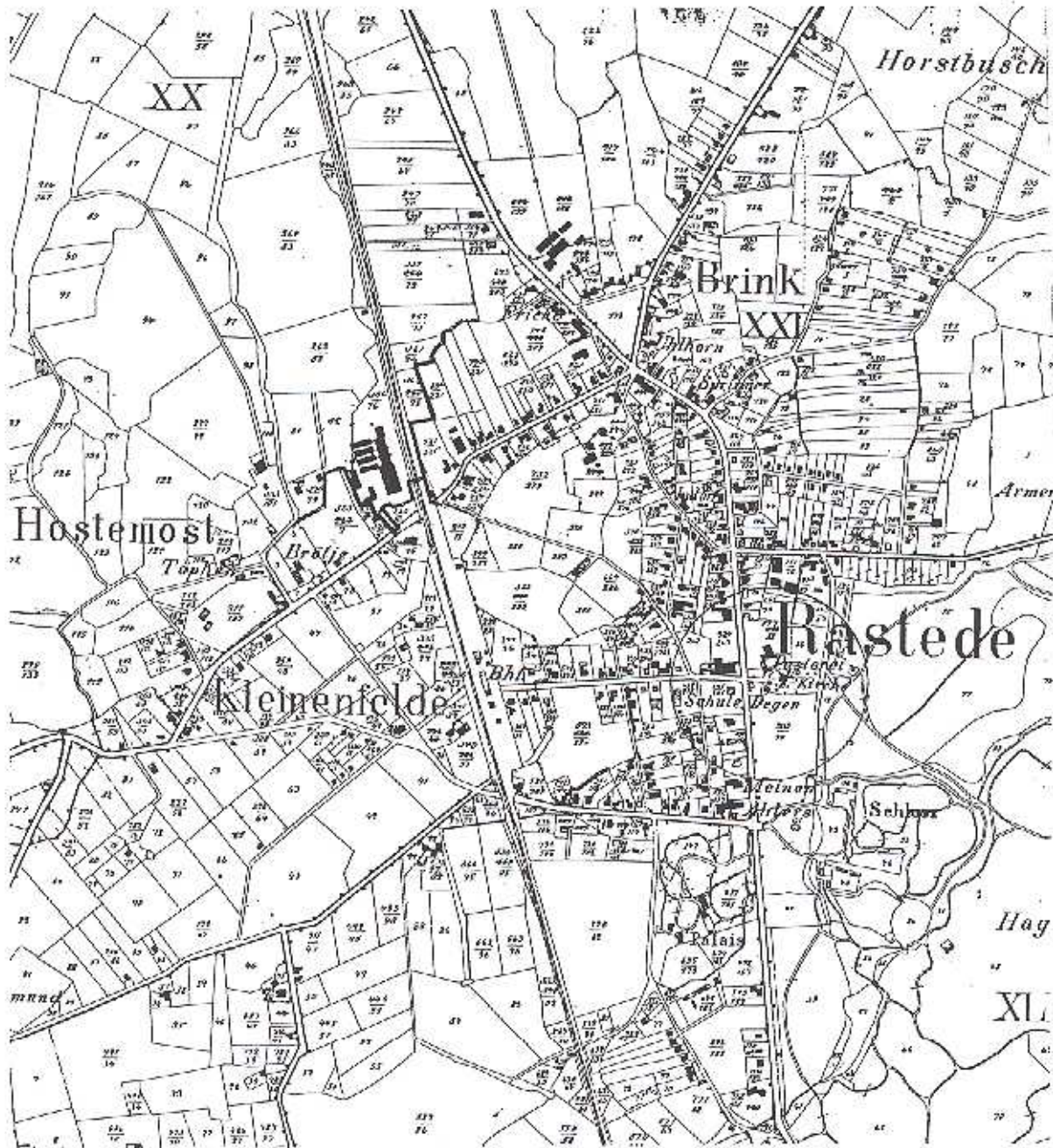
Das Haus Degen entstand nach dem Vorbild der sogenannten „Oldenburger Hundehütte“ 1890 in der Ecke Oldenburger Straße/Kirchzuweg. Es ist vom Gärtner Gerd Firchow erbaut worden.

1903 errichteten die Rasteder Bürger dem 1900 verstorbenen Großherzog Nikolaus Freidrich Peter ein Ehrenmal an der Nordseite des Kirchenvorplatzes, dafür wurde eine Grundstücksfläche vom Pastorengarten abgetrennt und dem heutigen Denkmalplatz zugeschlagen. Das Ehrenmal ist mit einer Baumbepflanzung eingefast worden.

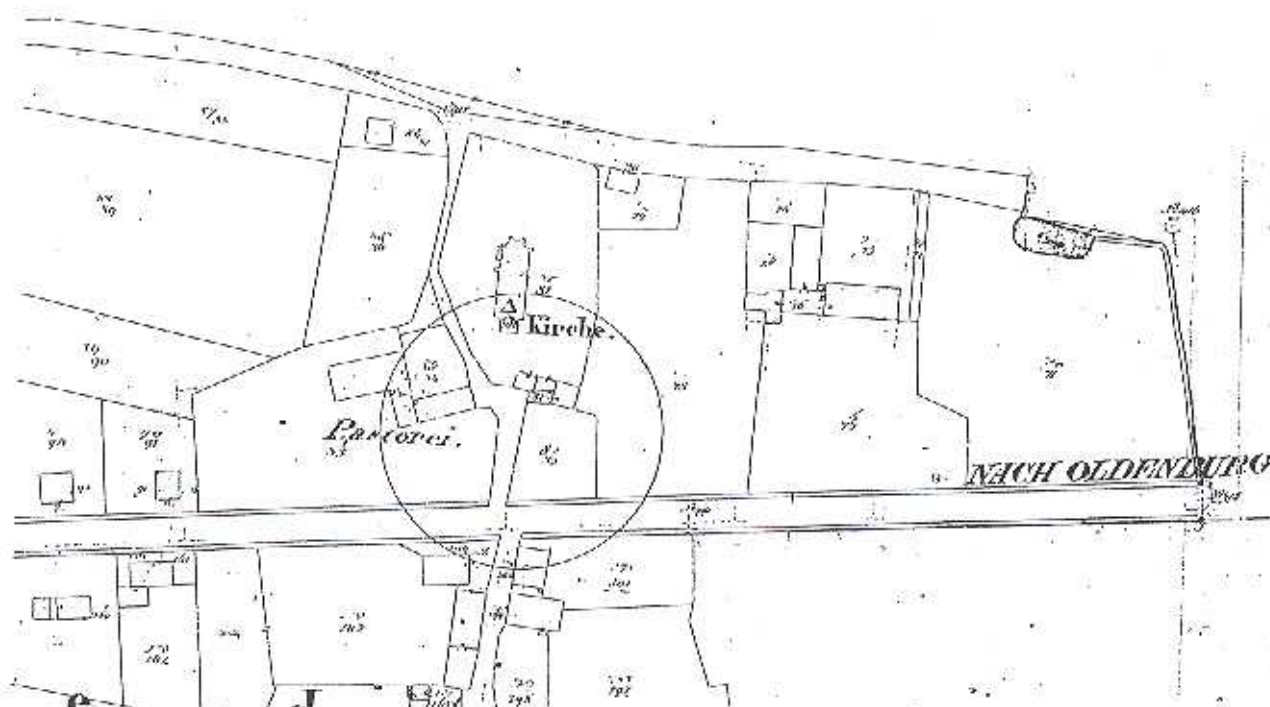
Eine Besonderheit dieser Maßnahme ist, daß eine alte Linde aus dem Pastorengarten erhalten blieb. Sie flankierte den Zugangsweg zur Kirche und bildete zugleich eine optische Begrenzung des Platzes zur Oldenburger Straße. Durch eine die Linde umfangende Rundbank erhielt der Platz eine einladende Atmosphäre.

Das „Glockenheim“ wurde 1950 abgerissen, um dort die neue Gefallenengedenkstätte einzurichten. Bedauerlicherweise hat man auch die alte Linde in dieser Zeit gefällt. In den 70er oder 80er Jahren des 20. Jh. sind dort dann die Fahnenmasten aufgestellt worden.

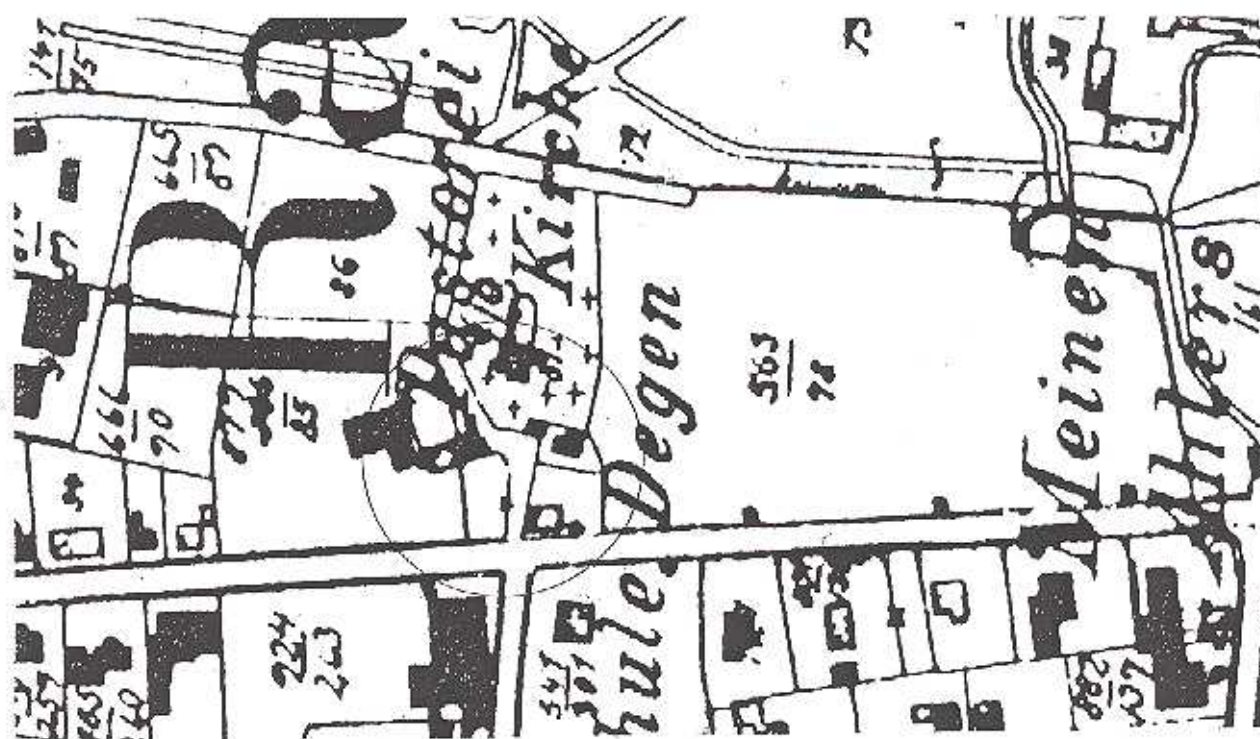
Insgesamt besitzt der Denkmalplatz eine kulturprägende Geschichte und zeigt noch heute einen erheblichen Teil seiner originalen Struktur.



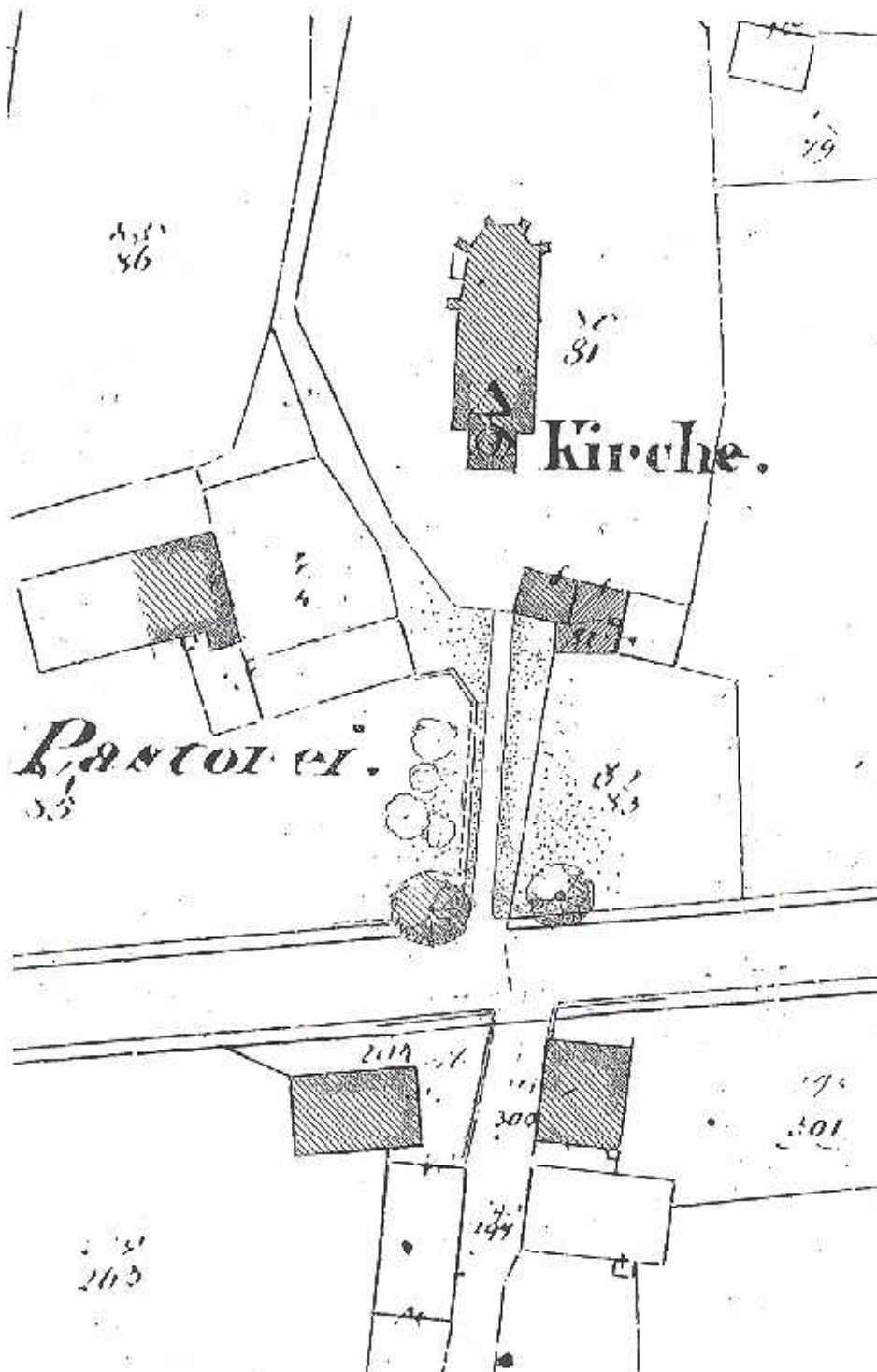
Rastede – Katasterkarte von 1898 mit Ergänzungen von 1913 - Ausschnitt



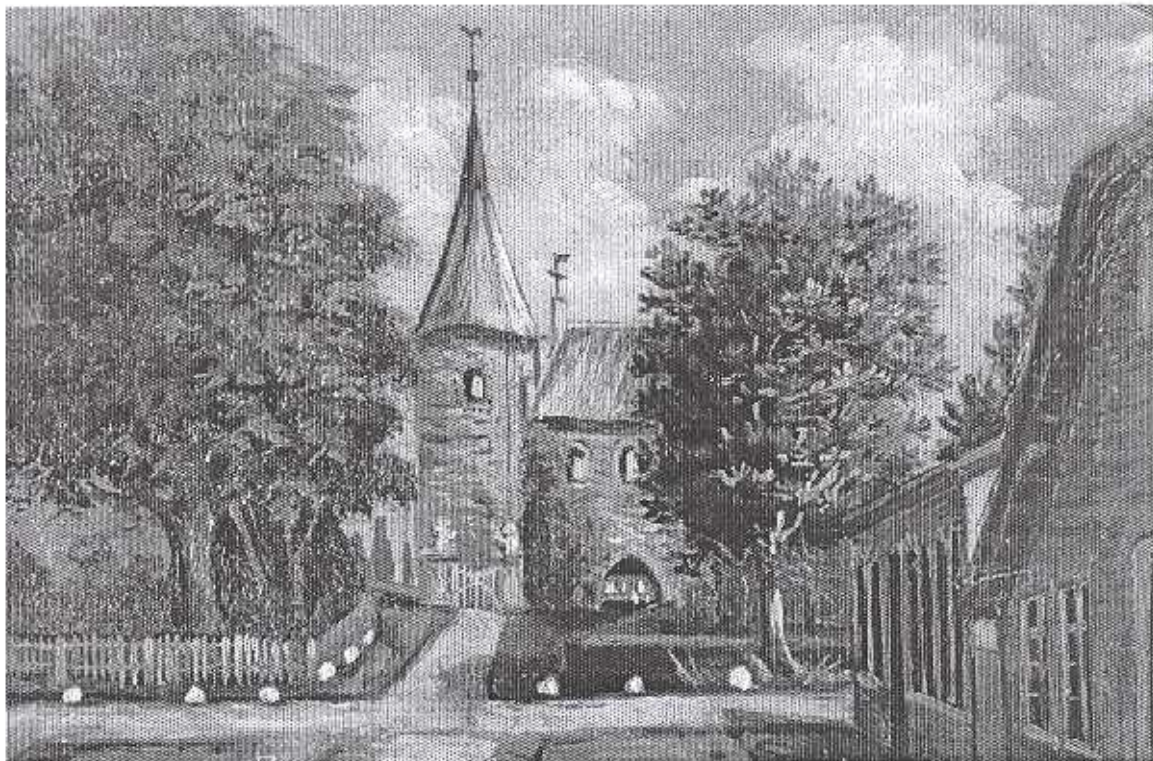
Kirchplatz und Umgebung – Ausschnitt aus der ersten Katasterkarte 1844-1845



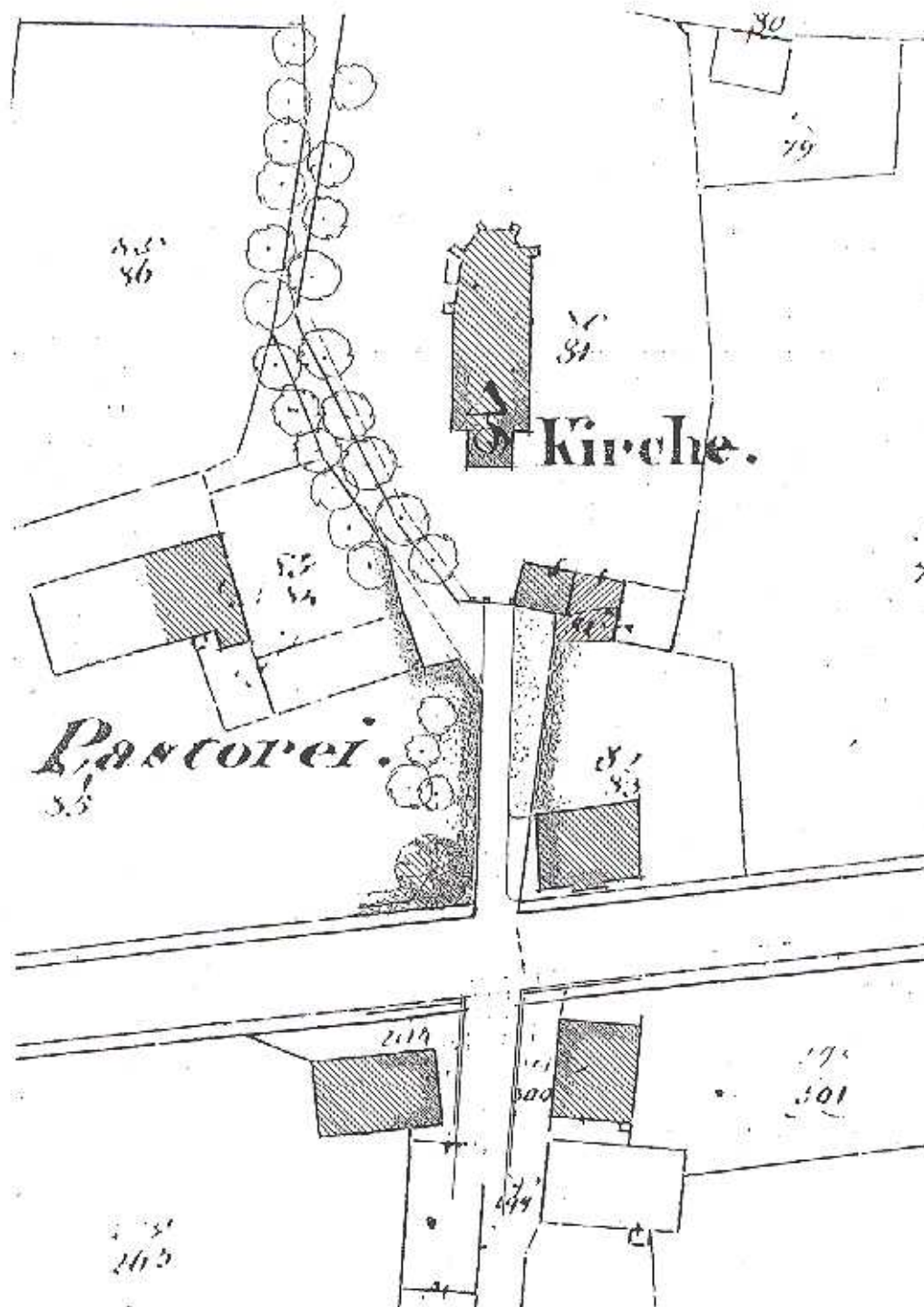
Kirchplatz und Umgebung um 1898



Kirchplatzgestaltung nach 1845 – siehe Bild nächste Seite



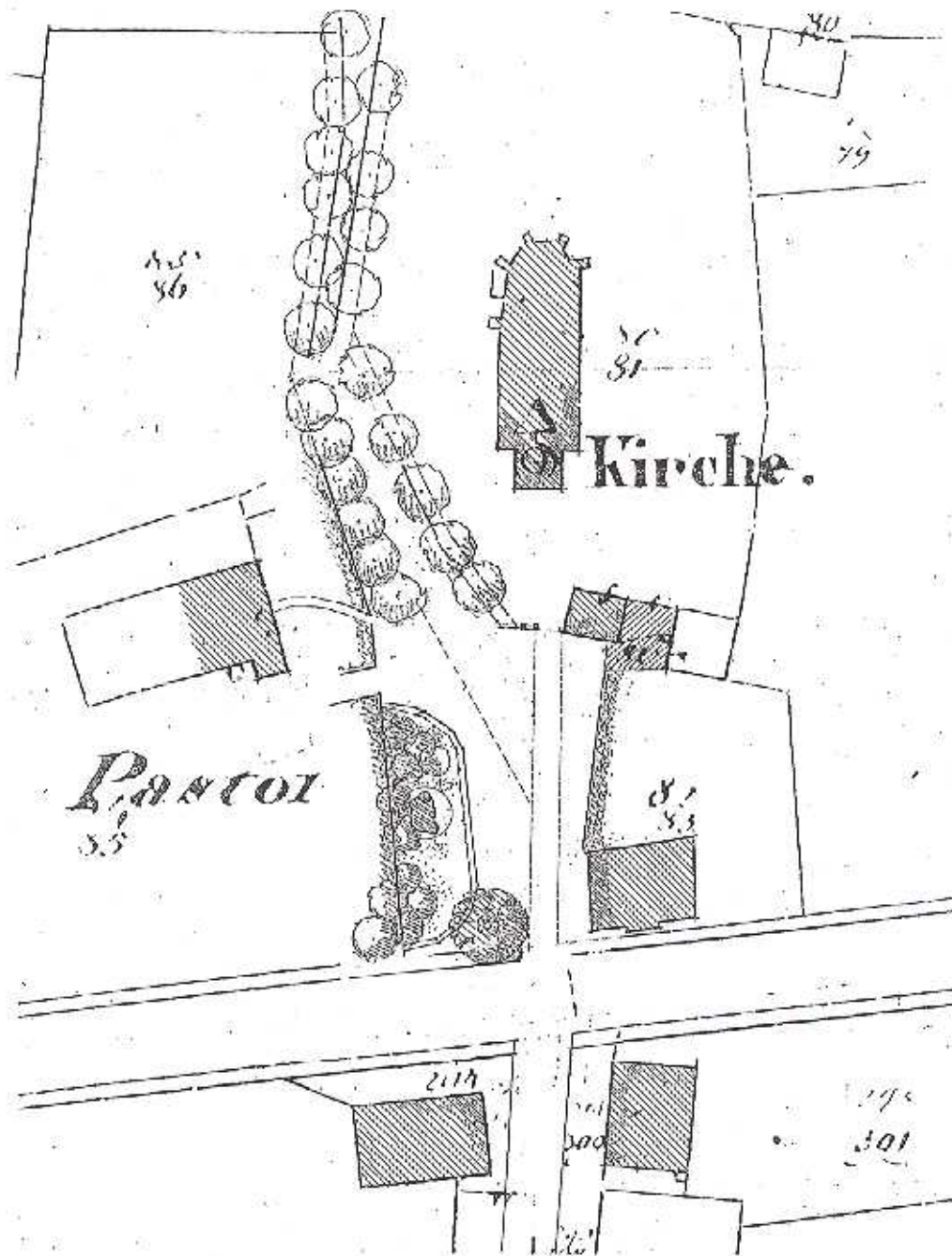
Kirchplatzgestaltung nach 1845 mit dem Baumbestand des Pastoreigartens



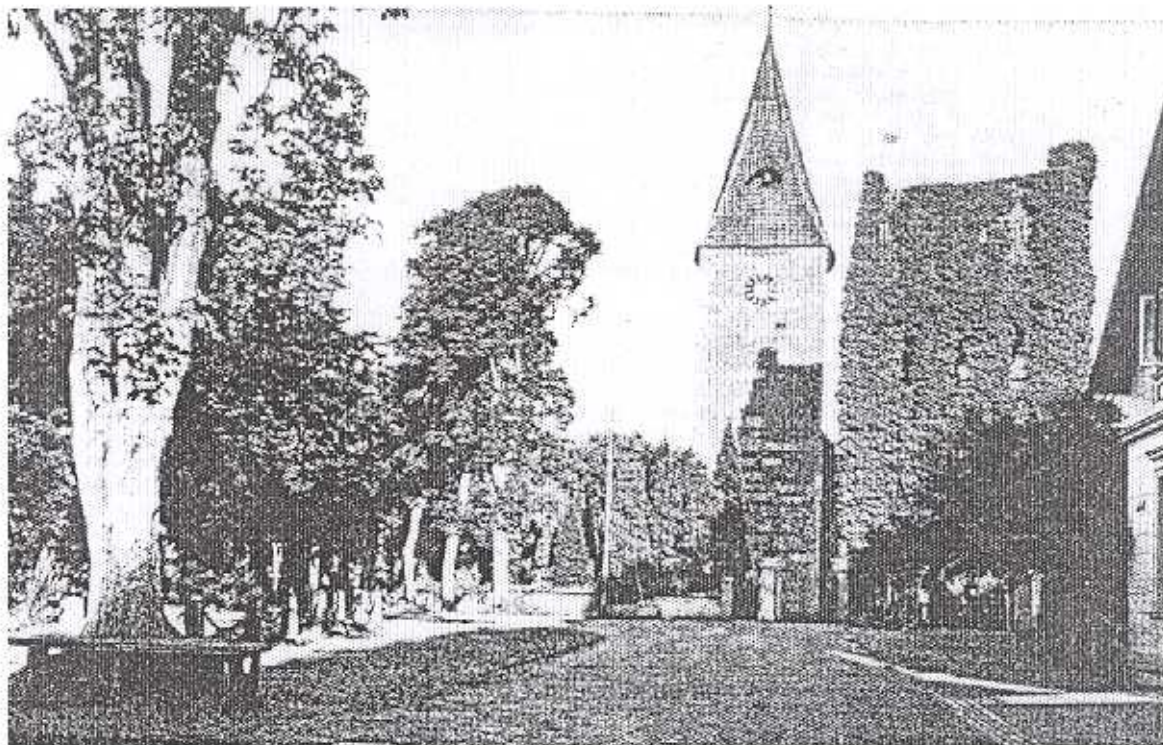
Kirchplatzgestaltung um 1900 – siehe Foto nächste Seite



Kirchplatzgestaltung um 1900



Denkmalplatz mit dem 1903 errichteten Denkmal und der Linde aus dem Baumbestand des Pastoreigartens – siehe Foto nächste Seite



Denkmalplatz – Aufnahme nach 1908

Ein künstlerisches Kleinod am Rasteder Kirchplatz



Antl. (2) „Der Ammerländer“

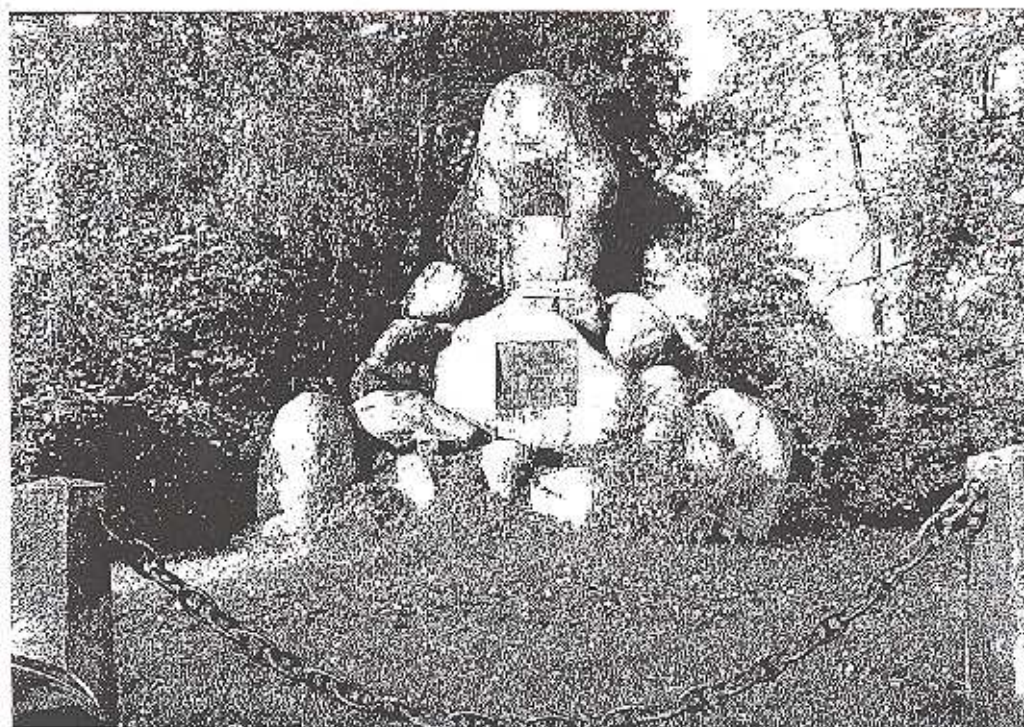
Allsonntäglich treffen sich viele Gemeindeglieder vor Beginn der Gottesdienste am Kirchplatz. Schon manche verweilen vor dem Denkmal, das der Ort Rastede 1902 aus Dank-

barkeit dem 1900 — also vor 52 Jahren — dahingegangenen Großherzog Nikolaus Friedrich Peter setzte. Aber nur wenigen ist zum Bewußtsein gekommen, daß das in die Findlingsgruppe eingelassene Relief eine sehr gute Arbeit eines bedeutenden niederdeutschen Bildhauers ist. Dieser Meister war Harro Magnussen. Der Künstler wurde am 14. 5. 1881 in Hamburg als Sohn des Malers Christian Karl Magnussen geboren. († 3. 11. 1908 in Berlin).

Eine Freundschaft verband Harro Magnussen mit dem Marschdichter Hermann Allmers. Im Rechtenflether Künstlerheim wird noch heute manches Kleinod von der Hand unseres Bildhauers bewahrt. Drei bedeutenden niederdeutschen Menschen hat Magnussen im Auftrag Denkmäler gesetzt: Hermann Allmers (Büste und Relief, besonders schöne Stücke dieses für alles Schöne so tief aufgeschlossenen Dichters.) Fräulein Maria von Jever (Bronzestatue am Mariendenkmal zu Jever) und dem großen Plattdeutschen Kaus Groth.

Für Kiel und Cölitz schuf Magnussen einst je ein Bismarck-Denkmal. Im Berliner Schloß und in Sanssouci standen bis 1939 Statuen von Friedrich dem Großen. Und endlich schuf Magnussen u. a. eine Büste von Ernst Haekel, dem Allmers von 1859 bis zu seinem Tode (1902) in tiefster Freundschaft zugezogen war.

H. W.

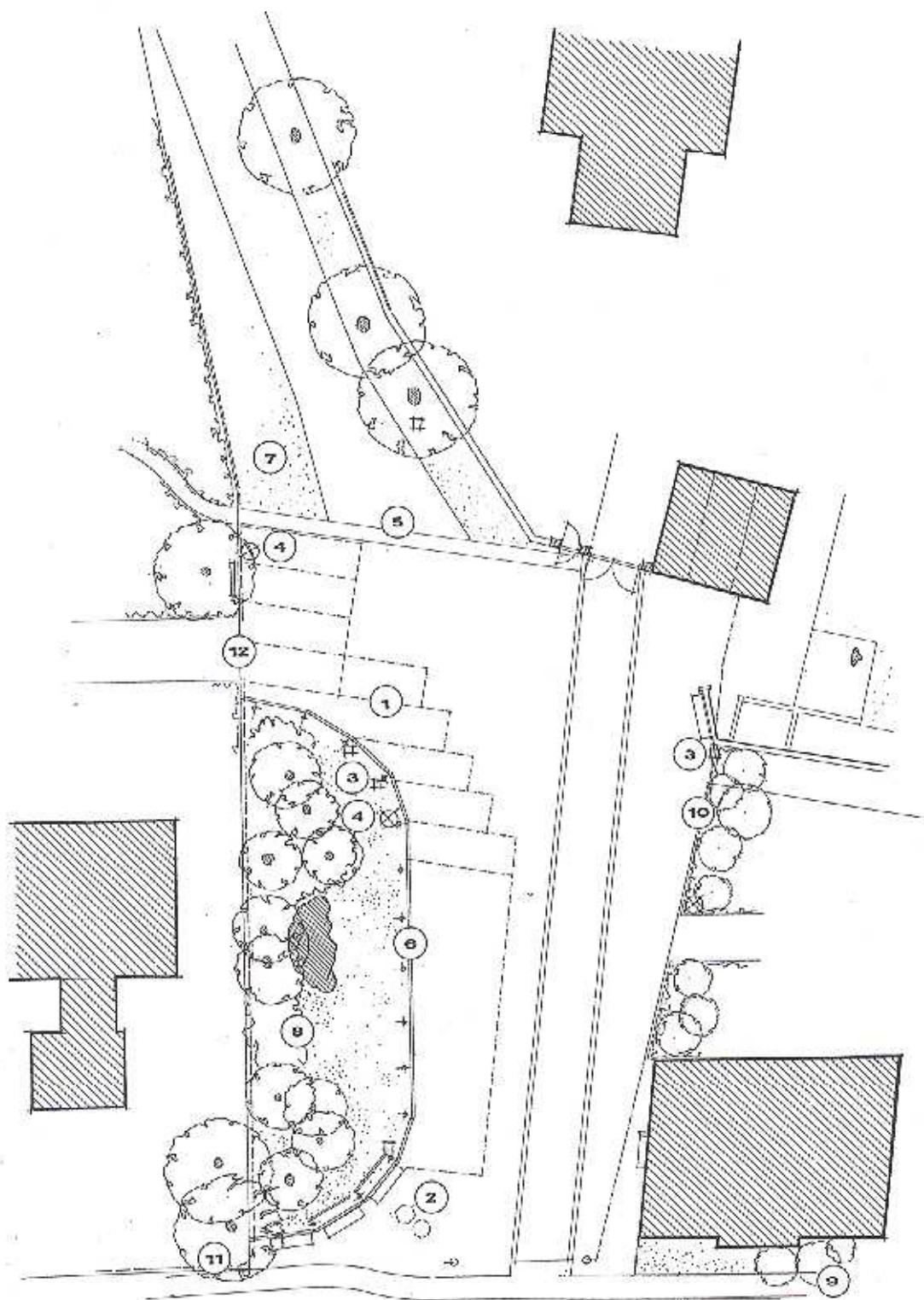


Ausschnitt aus dem „Ammerländer Kalender“ 1952

BESTAND

Unter den folgenden numerierten Absätzen werden ästhetisch unbefriedigende Bestandteile des Denkmalplatzes aufgelistet, die sich besonders im Laufe des vergangenen Jahrhunderts herausgebildet haben. Sie beeinträchtigen das Gesamtbild des Platzes dergestalt, daß eine Beseitigung dieser Fehlentwicklung unbedingt wünschenswert ist.

1. Die aggressiv ins Auge springenden Parkplatzmarkierungen zerstören die historische Harmonie des Gesamtbildes. Das übertrieben großzügige Parkplatzangebot ist ein weiterer Störfaktor auf dem Denkmalplatz. Besonders ärgerlich ist es, daß auch Autos in unmittelbarer Nähe des Kriegerdenkmals abgestellt werden, obwohl dort keine Parkplätze markiert sind. Vor der großzügig angelegten Einfahrt zum Gemeindehaus sind PKW-Einstellplätze ebenfalls völlig unpassend.
2. Die an der Oldenburger Straße aufgestellten Fahnenmasten, Schautafeln, Blumenkübel und Bänke sind ohne jede erkennbare Ordnung plaziert. Sie lenken in unangemessener Weise die Blicke des Betrachters von den würdigen Baudenkmalen (Kirche und Glockenturm) ab und stören in ihrer jetzigen Präsentation das Gesamtbild.
3. Das gleiche gilt für die übertriebene Beschilderung im Zusammenhang mit Parkplätzen und dem Taxistand.
4. Unzureichende und überalterte Straßenbeleuchtungen, deren Standorte darüber hinaus auch wichtige Sichtachsen beeinträchtigen.
5. Der aus Betonplatten bestehende Weg vom Gemeindehaus zum Friedhof bringt weitere Unruhe in das Gesamtbild des Platzes.
6. Die nördliche Platzbegrenzung zeigt ein weiteres ästhetisch unbefriedigendes Bild. Zum einen der restaurierungsbedürftige Metallzaun als Begrenzung des kirchlichen Grundstückes und zum anderen die Einfassung der direkt zum Denkmal gehörenden begrünten Fläche. Die Sandsteinpfosten stehen zum Teil schief und die Randeinfassung aus Betonsteinen zeigt sich gestalterisch als sehr mangelhaft.
7. Die fehlenden Linden entlang des Friedhofsweges bilden ein weiteres Mosaiksteinchen im gestalterisch unbefriedigenden Umfeld des Denkmalplatzes. Die ehemals schöne Allee ist wegen der fehlenden Linden im Westteil unvollständig.
8. Die das Denkmal umgebende Grünfläche erweckt den Eindruck von Wildwuchs. Der Sockel des Denkmals wird von Efeu überwuchert.
9. Die derzeit in der näheren Umgebung des Denkmalplatzes gepflanzten Nadelbäume und Büsche gehören nicht zum originalen Bestand des Platzes.
10. Der das Grundstück begrenzende Zaun aus waagerechten Bohlen an der Südseite bildet einen völligen Fremdkörper im Gesamtbild des Platzes.
11. Wie bereits unter 6. angeführt, ist der Metallzaun des Pastoreigartens an mehreren Stellen restaurierungsbedürftig. Auch fehlen Pfosten und Tore.



Bestand



Parkplatzmarkierung – Straßenschilder – Beleuchtung



Denkmal – Zustand der Grünanlage 2004



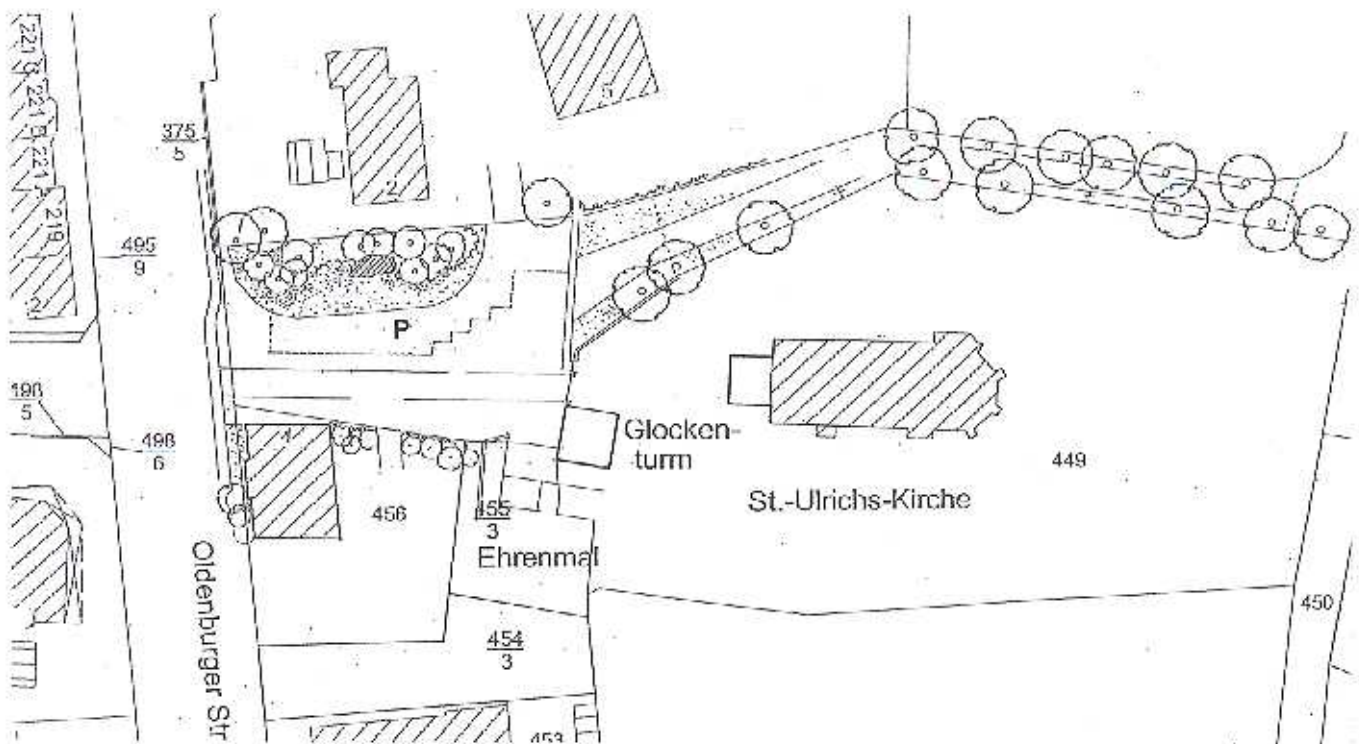
Randgestaltung der Grünanlage



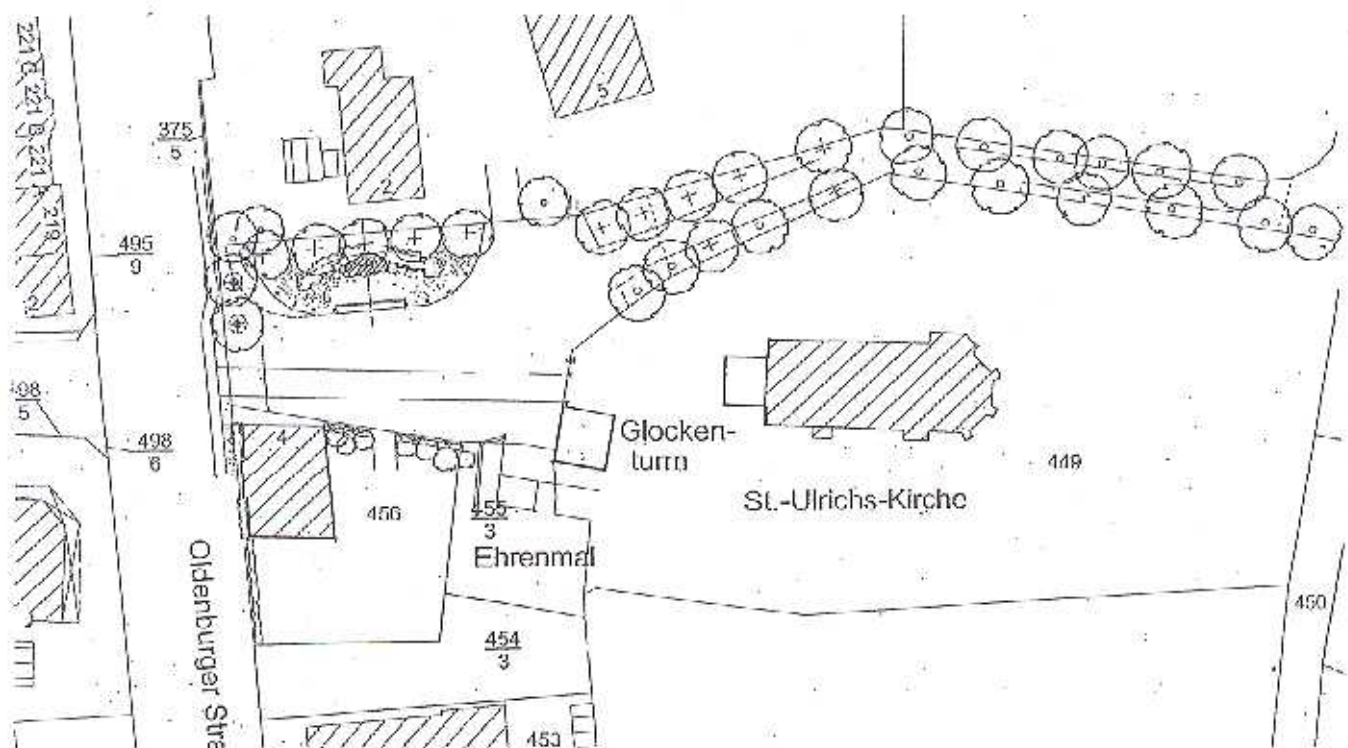
Vorderbereich des Platzes,
Beschilderung und Beleuchtung der Anlage



Baumlücken entlang der Linenallee (Friedhofsweg)



Denkmalplatz und Friedhofsweg – Bestand – M 1:1000



Denkmalplatz und Friedhofsweg
Gesamtplanung M 1:1000



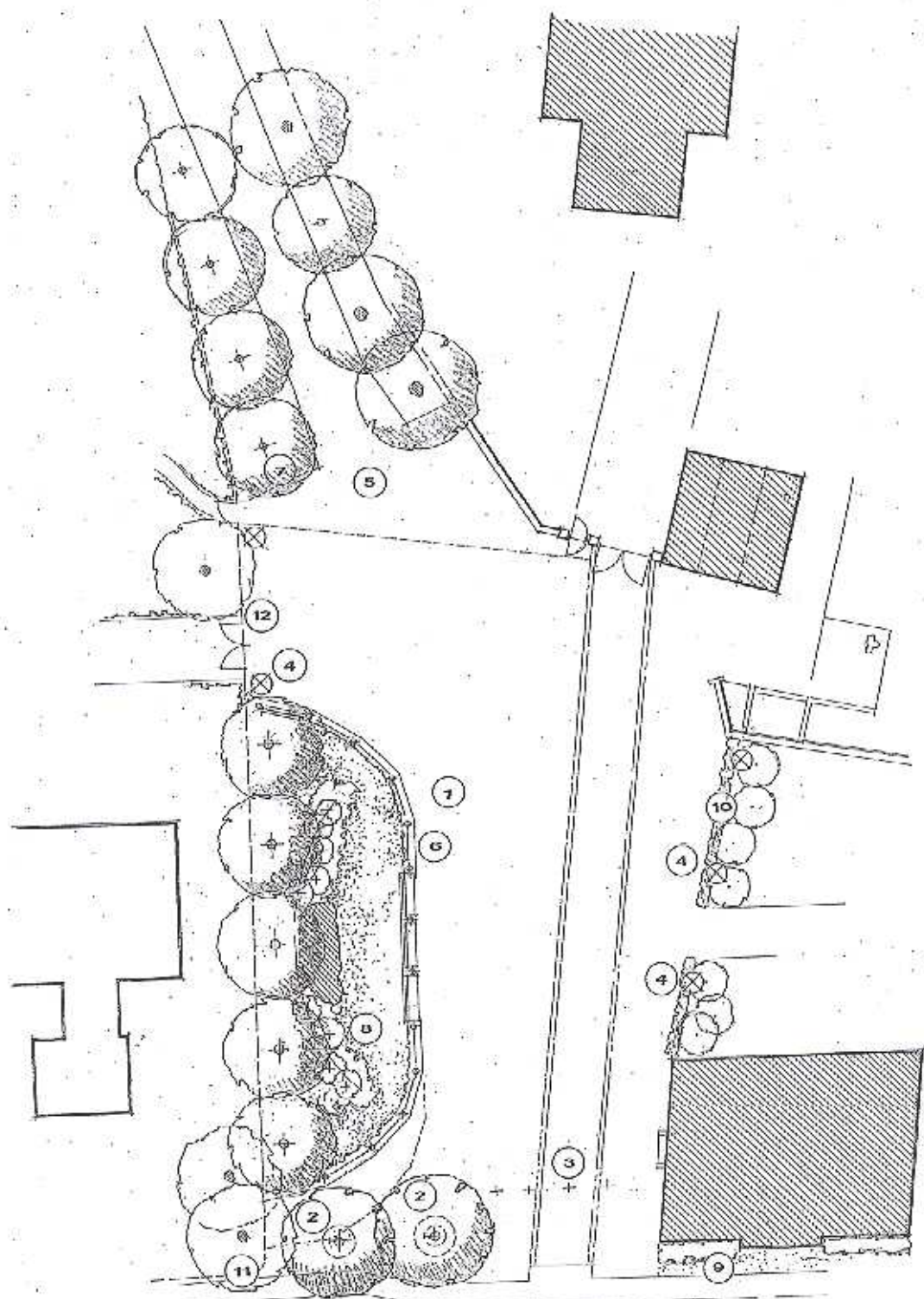
Bestand



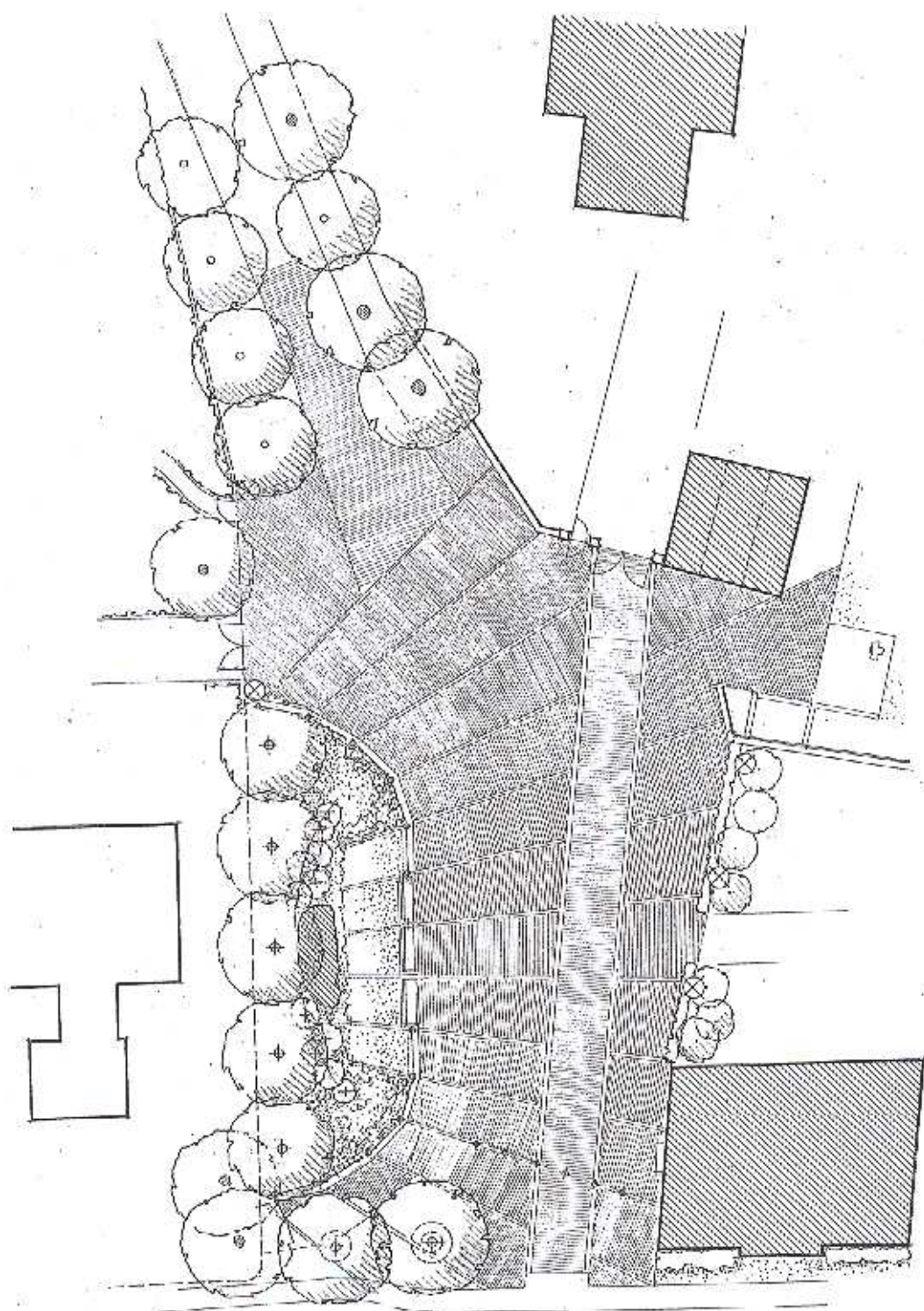
Neupflanzung

VORGESCHLAGENE MASSNAHMEN

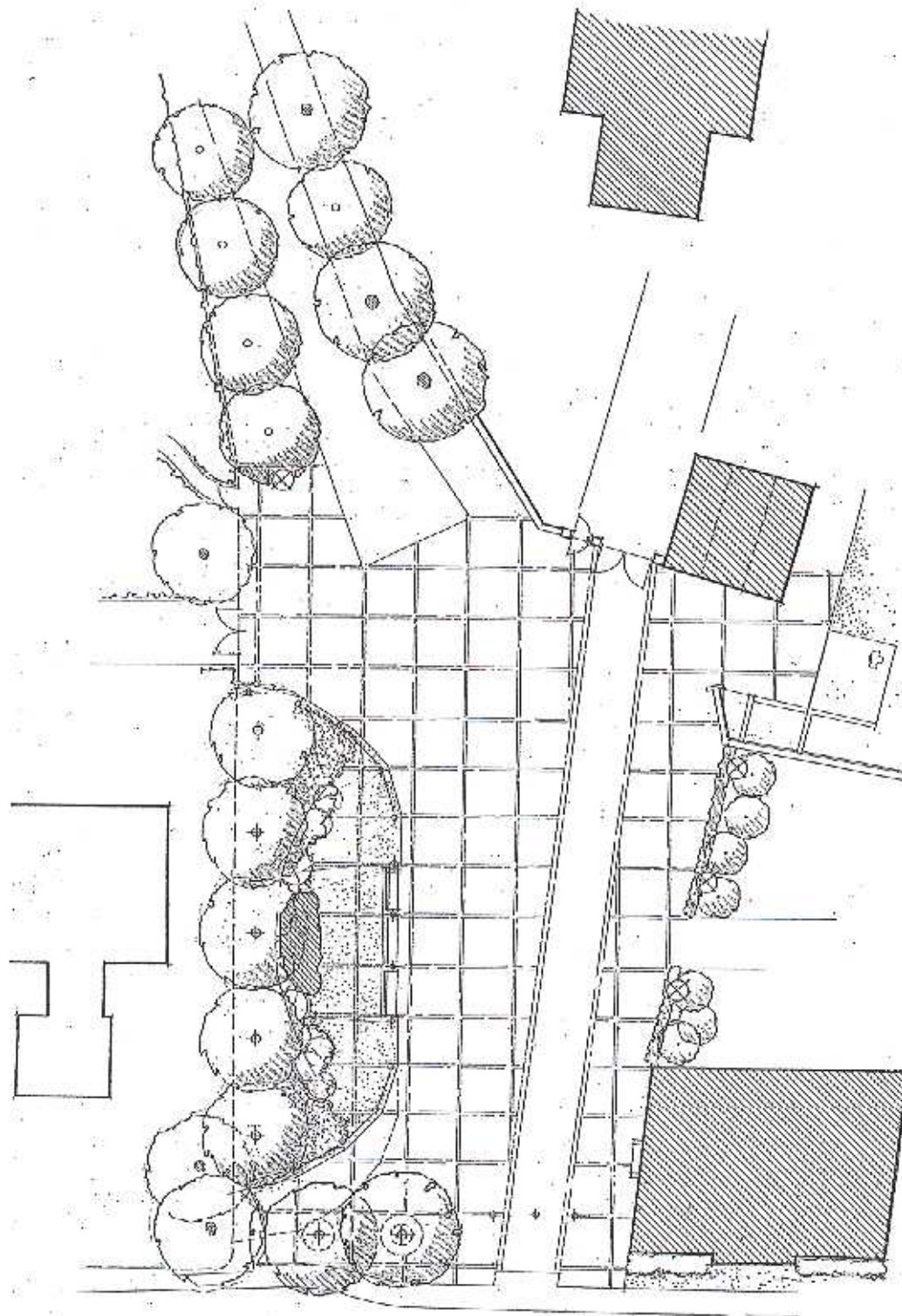
1. Die aggressiv ins Auge springenden Parkplatzmarkierungen sind zu entfernen und das gesamte Klinkerpflaster des Platzes sollte mit dem selben Material restauriert werden. Die Pläne 2 und 3 zeigen darüber hinaus Möglichkeiten für eine Neugestaltung der Pflasterflächen des Denkmalplatzes.
2. Die Schauseite des Platzes wird durch die Straßenfront dargestellt. Sie bestimmt zugleich den ersten und wichtigsten Eindruck des Besuchers. Eine wichtige Maßnahme für die optische Verbesserung der derzeitigen Situation wäre es, dort die beiden auf dem Plan Variante I dargestellten Linden zu pflanzen. Ein solcher Schritt fände seine Entsprechung in der ehemaligen Linde, die dort bis in die 50er Jahre des vergangenen Jahrhunderts stand. Sie würde dem Denkmalplatz zur Oldenburger Straße eine wahrnehmbare Begrenzung geben und so die räumliche Wirkung erhöhen. Dafür sollte die Grünanlage des Denkmals an der Straßenseite (Oldenburger Straße) etwas verkürzt werden, um Platz für die beiden Linden zu gewinnen und eine Verbindung des Fußgängerweges von der Oldenburger Straße zum Denkmalplatz zu erreichen.
3. Es sollte geprüft werden, ob und evtl. wie weitgehend eine Sperrung bzw. Teilspernung des Platzes für den Autoverkehr zu erreichen ist. Die Anlieger würden von einem solchen Verbot allerdings ausgenommen. Auch könnte man eine besondere Regelung für Hochzeiten und ähnliche Veranstaltungen festlegen.
4. Die gesamte Platzbeleuchtung sollte neu geplant werden. Dafür kommen Mastbeleuchtungskörper für den Platz und niedriger angeordnete Beleuchtungskörper für die Grünanlage um das Denkmal in Frage.
5. Der gesamte Friedhofsweg vom Denkmalplatz bis zum Rennplatz sollte mit Torfbrandklinker gepflastert werden. Im Zuge einer solchen Maßnahme würde auch der sehr häßliche Übergang zwischen dem Pflaster des Denkmalplatzes und den Zementgehwegplatten des Zugangsweges vom Gemeindehaus zum Friedhof beseitigt.
6. Der umlaufende Betonbordstein an der Grünanlage des Denkmals sollte entfernt und mit Klinkern neu gestaltet werden.
7. Die fehlenden Linden an dem Friedhofsweg sollten unbedingt durch eine Neuanpflanzung ersetzt werden, damit wieder eine richtige Allee entsteht.
8. Die Grünanlage um das Denkmal sollte durch Neuanpflanzung umgestaltet werden.
9. Die in der unmittelbaren Nähe des Denkmalplatzes vorhandenen Nadelbäume bzw. Büsche sollten soweit entfernt werden, daß die Sicht auf die Fassaden der Häuser nicht beeinträchtigt wird.
10. Die Grundstückseinfriedigung aus waagerechten Bohlen an der Südseite des Platzes sollte durch eine Hecke mit standortgerechten Pflanzen oder durch einen Metallzaun ersetzt werden. Der Metallzaun könnte sowohl nach historischem Vorbild oder auch in zeitgemäßer Formensprache erstellt werden.
11. Der das Pastoreigrundstück einfassende historische Zaun ist zu restaurieren und die fehlenden Tore sind zu ersetzen.



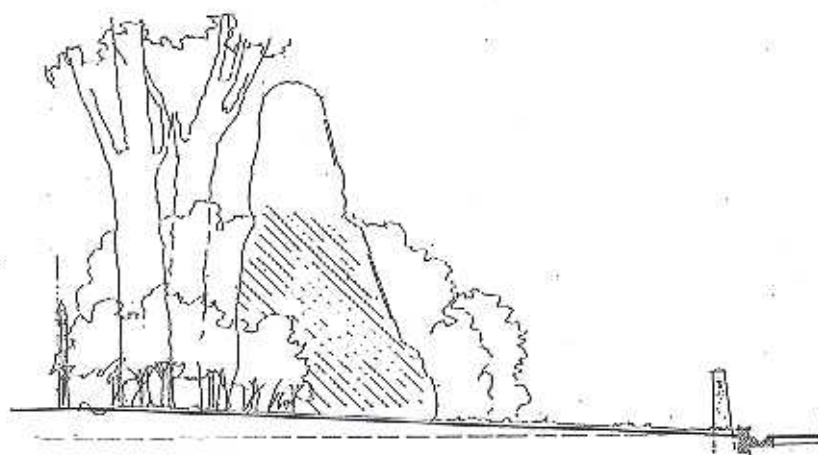
Planung – Variante I



Planung – Variante II

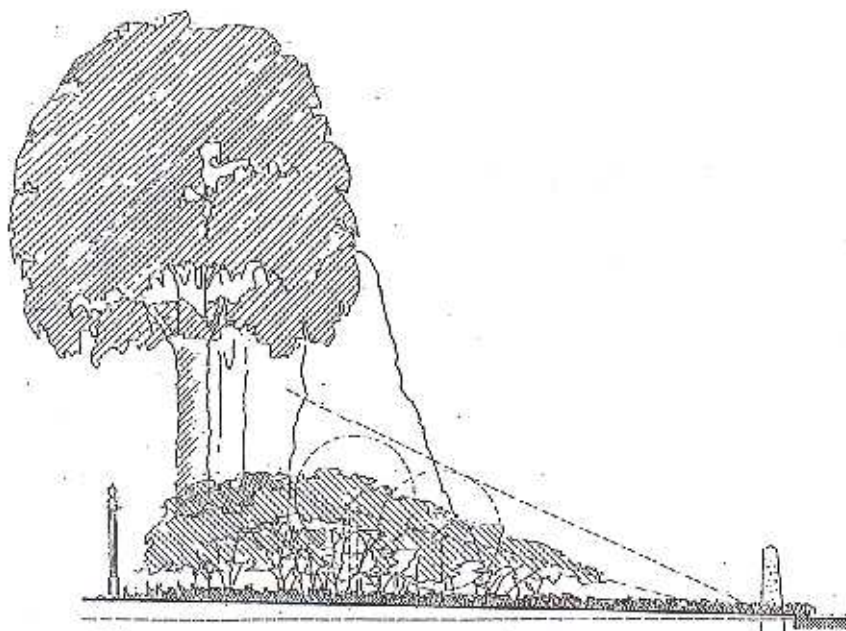


Planung – Variante III



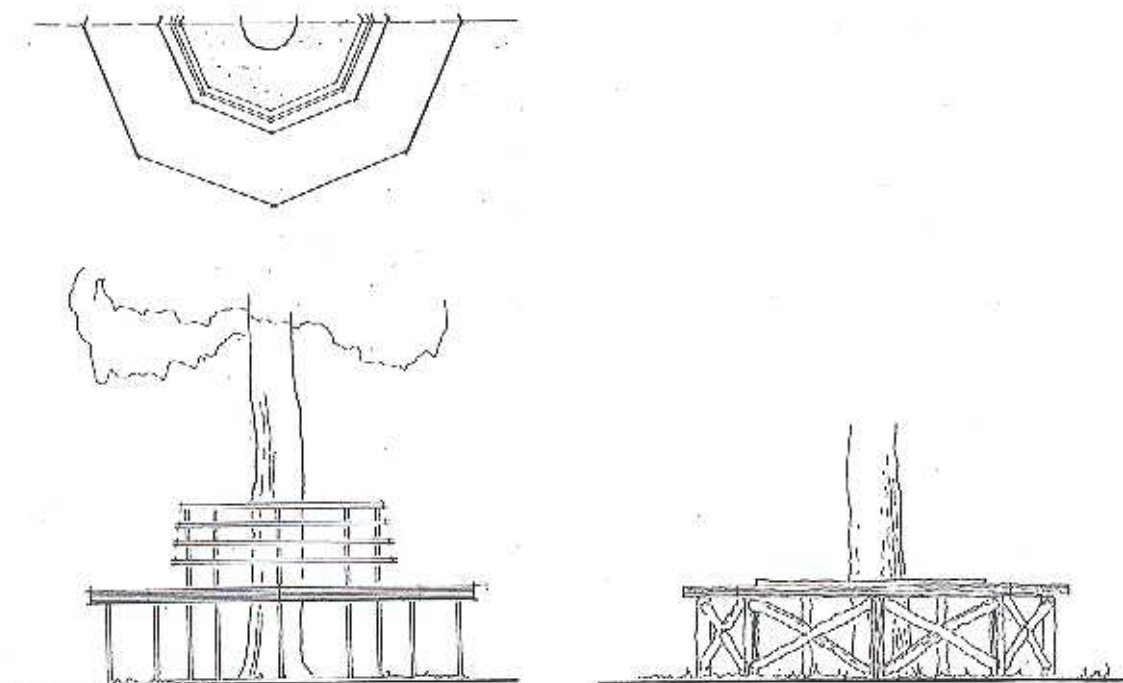
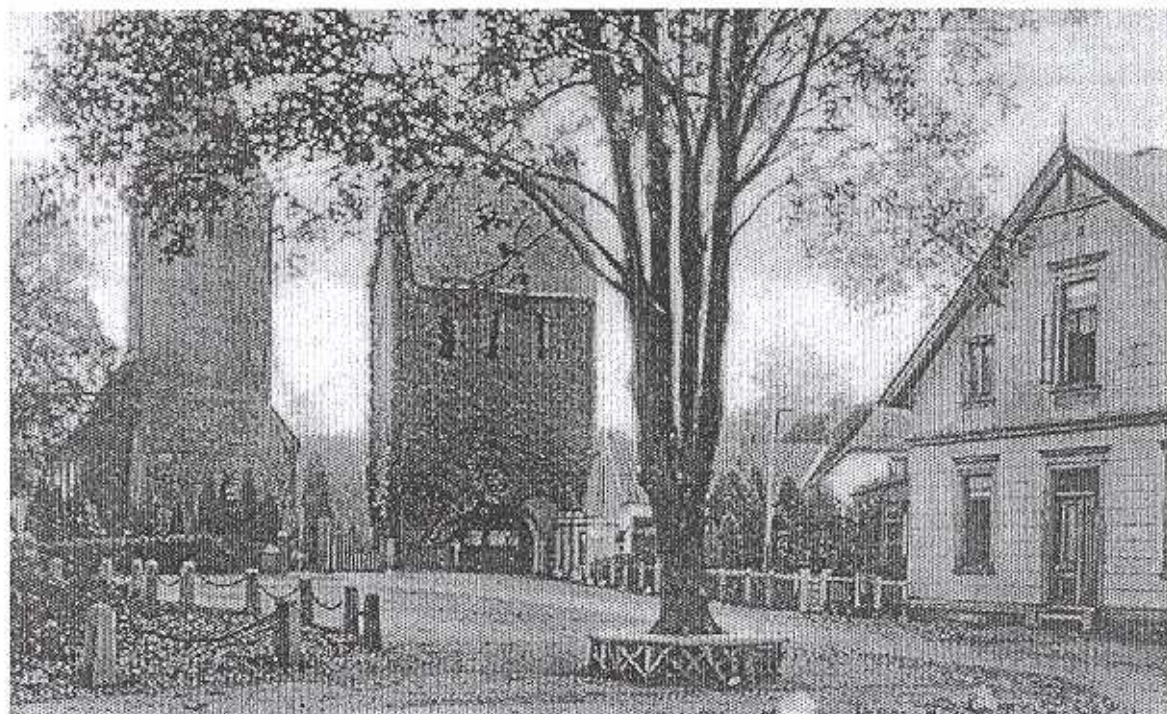
Bestand

1. Entfernung des Efeus, Restaurierung des Findlingsmauerwerkes
2. Pflanzung der Linden
3. Pflanzung der Büsche und des Bodendeckers nach der Detailplanung, Neugestaltung des Randes
4. Freilegung und Restaurierung des historischen Zaunes
5. Beleuchtung der Grünanlage mit Einzelleuchten und Strahlern

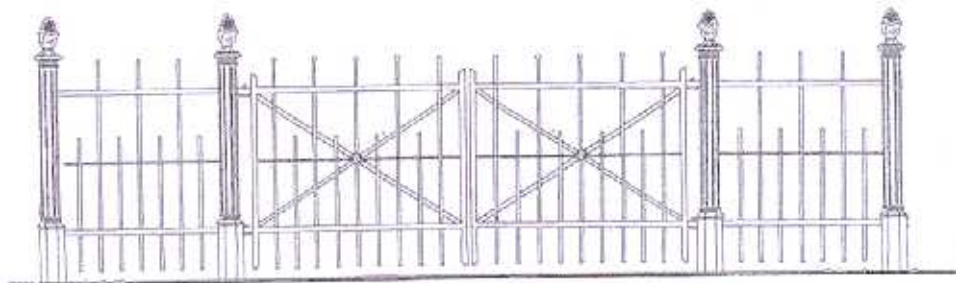
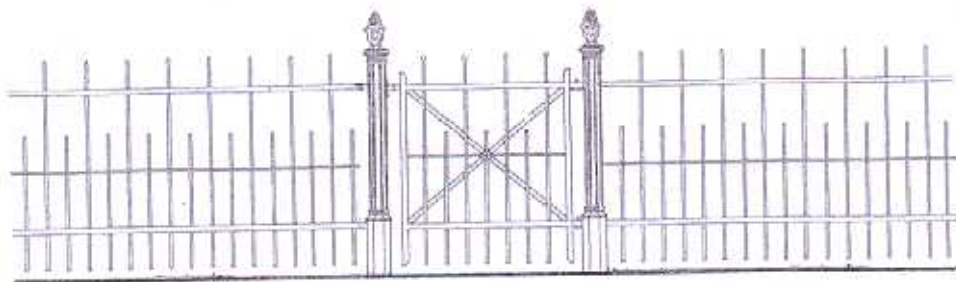


Planung

Neugestaltung der Grünanlage um das Denkmal



Historische Aufnahme der Linde mit der Bank – Ausführungsmöglichkeiten



Rekonstruktion der Pforte und des Tores vor der Pastorei

SCHLUSSBEMERKUNG

Bei den in diesem Heft vorgestellten Möglichkeiten handelt es sich um erste Überlegungen, die durch weitere ins Detail gehende Planungen ergänzt werden müssen.

Besonders hervorzuheben ist, daß die Kirche St. Ulrich 1059 gegründet wurde und damit zu den ältesten Gebäuden im Oldenburger Land gehört. Allein diese Tatsache rechtfertigt es, dem Baudenkmal einen würdigen Vorplatz zu gestalten.

Das Gotteshaus war von Beginn an Gemeindekirche der Rasteder Bürger und damit für rund 945 Jahre Mittelpunkt des Ortes.

Diese geschichtlichen Voraussetzungen erfordern neben wünschenswerter Kreativität bei der Planung vor allem aber auch einen behutsamen Umgang mit den geschichtlichen Gegebenheiten des heutigen Denkmalplatzes.

Aufgestellt: Oldenburg, 13. Dezember 2004


Gregor Angelis

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2005/069

freigegeben am 01.03.2005

GB 3

Datum: 01.03.2005

Sachbearbeiter/in: Herr Ammermann, Hans-Hermann

Sanierungsarbeiten an Gemeindestraßen

Beratungsfolge:

Status

Datum

Gremium

Ö
N

14.03.2005
05.04.2005

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Die Gemeindeverwaltung hat im letzten Jahr eine Bestandsaufnahme an Straßen durchgeführt. Nachstehend sind die kurzfristig zu sanierenden Straßen aufgeführt.

Die Sanierungsarbeiten umfassen im wesentlichen das Vorflickern der Straßen durch den Bauhof und dem Verschuss des Fahrbahnbelags mittels einer bituminösen Oberflächenbehandlung.

Straßenname	Heiß- einbau	Einbauzug	Patcher	2004	2005	2006 und später
Am Sternbusch		500 m ²	X			X
An der Badeanstalt		800 m ²	X			X
Wallstraße		1600 m ²	X			X
Zum Roten Hahn		1000 m ²	X			X
An der Lemmelheide		500 m ²	X			X
Meenheitsweg	20 to	4000 m ²	X	X	X	
Kreyenstraße		1500 m ²	X			X
Lange Reihe		1500 m ²				X
Bekhausermoorweg		5000 m ²	X			X
Mitteldörper Weg		2000 m ²				X
Kurze Straße		300 m ²				X

Hahnermoorweg	20 to	2100 m²	X			X
Kälberstraße	40 to		X	X		
Schaftrift		900 m²	X	X	X	
Klinkerstraße		1000 m²				X
Wiemkenstraße		3000 m²	X			X
Geestrandstraße		2000 m²	X			X
Huntorfer Damm	200 to	9200 m²	X			X
Wellenstraße		2200 m²	X			X
Feldstraße		700 m²	X		X	
Fischteichstraße		400 m²				X
Grafestraße		3500 m²			X	
Achtern Grode Feldhus		800 m²			X	
Konkenweg		300 m²				X
Haakenstraße		1500 m²				X
Ellbogenstraße		400 m²				X
Im Dreieck		400 m²				X
Seilerweg		500 m²				X
Am Schippstroth		1500 m²				X
Dwowed	30 to	3500 m²	X			X
Südbäker Straße	10 to	1500 m²	X			X
Alter Lehmdermoorweg	50 to		X			X
Zur Jade		2400 m²	X		X	
Achtern Kamp		1500 m²			X	
Lammersdamm		700 m²				X
Dörpstraat neu	30 to	6000 m²	X	X		
Dörpstraat alt		1000 m²	X			X
Delfshauser Straße	10 to	5100 m²	X	X		
Hundertjückweg		900 m²	X			X
Grüner Weg	50 to	1500 m²	X	X	X	
Speckweg	10 to	700 m²	X	X		
Weidenstraße		1200 m²	X	X	X	
Hasenbült	10 to	1000 m²	X	X		
Im Göhlen	15 to	1500 m²	X	X		
Mühlenstraße		4000 m²	X			X
Kiefernweg		500 m²	X		X	
Halfterweg		100 m²	X		X	
Parkstraße		10000 m²	X		X	
Birkendamm	50 to	5000 m²	X			X
Eggerkingsweg		800 m²	X			X
Hankhausermoorweg		1200 m²				X
Langenwischweg		500 m²	X			X
Wittenmoordamm		2500 m²	X			X
Dorfstraße		1000 m²				X
Ringstraße		1500 m²				X

Am Langenberg		200 m ²				X
Gabelweg		200 m ²				X
Barghornerweg		200 m ²				X
Buttelmannsweg		600 m ²	X			X
Schwarzer Weg alt		1400 m ²	X			X
Zum Ausblick		200 m ²				X
Loyerbergstraße		1000 m ²				X
Ziegenweg		300 m ²	X			X
Hankhauser weg		1500 m ²	X			X
Loyer Weg		2500 m ²	X			X
Buchenstraße		800 m ²	X			X
Richtweg		600 m ²	X			X
Auf dem Kamp		300 m ²	X			X
Emsoldstraße		1000 m ²	X			X
Am Heidkamp		1500 m ²	X			X
Denkmalsweg		800 m ²				X
Am Hardenkamp		800 m ²				X
Klostermoorweg		800 m ²	Kalteinbau			X
Hohe Liethe		400 m ²	X			X
Am Eichenwall		1200 m ²	X			X
Rehornweg		700 m ²	X		X	
Am Liethegleis		700 m ²				X
Werkstraße		500 m ²	X			X
Nethener Weg		1200 m ²	X			X
Am Waldrand		1500 m ²				X
Wendeweg			X			X
Am Nordkreuz		3000 m ²	30 m ²			X
Sandbergstraße		1600 m ²	70 m ²			X
Wapelstraße / Schulstraße			35 m ²			X
Lesumstraße			30 m ²			X
Berneweg		1200 m ²	20 m ²			X
Haarenstraße		1200 m ²	30 m ²			X
Delmeweg		180 m ²				X
Letheweg		300 m ²				X
Ochtumstraße		800 m ²				X
Emsstraße			60 m ²			X
Fuldastraße		350 m ²	20 m ²			X
Neißestraße			20 m ²			X
Zum Damm			80 m ²			X
Hirschtoweg		400 m ²	60 m ²			X
Fasanenstraße		300 m ²	30 m ²			X
Hermann- Lönnsstraße		1000 m ²	30 m ²			X
Südender Straße		2800 m ²	80 m ²			X
Feldbreite			30 m ²		X	

Am Stratjebusch		2400 m²	20 m²			X
Lessingstraße			30 m²			X
Arndstraße		100 m²	20 m²			X
von Humboldtstraße		1200 m²	35 m²			X
Schillerstraße			20 m²			X
Voßbarg		3000 m²	50 m²			X
Goethestraße			30 m²			X
Stormstraße			20 m²			X
Danzigerstraße			30 m²			X
Pantinenweg			10 m²			X
Wilhelmstraße		500 m²	10 m²			X
Sophienstraße		1200 m²				X
Diedr. Freelsstraße		1400 m²	600m²		X	
Peterstraße			80 m²			X
Baumgartenstraße		400 m²				X
Am Winkel			30 m²			X
Schützenhofstraße			Kaltbitu			X
Eichendorffstraße			Kaltbitu			X
Kögel- Willms- Str.			20 m²			X
Friedhofsweg			30 m²			X
Parkstraße		1000 m²				X
Nethener Weg		900 m²	10 m²			X
Stöltjstraße			900 m²			X
Am Waldrand		300 m²	10 m²			X
Am Sternenbusch			400 m²			X
An der Lemmelheide			20 m²			X
An der Badeanstalt			30 m²			X
Wallstraße		1500 m²	100 m²			X
Zum Roten Hahn			100 m²			X
Am Hahner Busch		1500 m²	200 m²			X

Finanzielle Auswirkungen:

Für 2005 sind Mittel im Haushalt vorhanden.

Anlagen:

keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2005/065

freigegeben am 26.02.2005

GB 3

Sachbearbeiter/in: Frau Wahl, Kirsten

Datum: 26.02.2005

Befestigung des Sandweges "Im Himmel"

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	14.03.2005	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	05.04.2005	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Straße Im Himmel wird in den Zufahrtsbereichen zu den Grundstücken mit Hansegränd befestigt. Eine Befestigung der Einmündungsbereiche Loyer Weg und Braker Chaussee erfolgt nicht.

Sach- und Rechtslage:

Mit Schreiben vom 25.10.2004 haben Anwohner des Sandweges „Im Himmel“ mitgeteilt, dass sich der Sandweg durch die Nutzung der Reiter in einem sehr schlechten Zustand befindet und mit PKW kaum noch passierbar ist. Sie beantragen daher, dass für die Reiter ein separater Streifen abgetrennt und die verbleibende Wegefläche beschottert wird.

Bei einer Ortsbesichtigung am 03.02.2005, siehe Fotos in der Anlage, ist festgestellt worden, dass sich der Weg in seiner Gesamtheit betrachtet, in einem den Witterungsverhältnissen entsprechend recht ordentlichen Zustand befindet. Lediglich in den Bereichen der Wohnhäuser hat er vermehrt Schlaglöcher.

Aufgrund dessen liegt die Vermutung nah, dass hier nicht die Pferde die Schlaglöcher verursachen, sondern die Nutzer des Weges mit ihren PKW beim Ein- und Ausfahren auf Ihre Grundstücke, da die Schlaglöcher auffallend nur im Bereich der Grundstückszufahrten auftreten. Wären die Pferde die Verursacher, müssten die Schlaglöcher auf gesamter Länge auftreten.

Der Sandweg „Im Himmel“ hat eine befestigte Sandfläche von i.M. 4,70 m – 5,00 m. Daneben verläuft ein Grasstreifen der den Fuß-/Radweg von der Fahrbahn abtrennt. Gemäß der Richtlinie für Reitwegenetze sollen abgetrennte Reitwege i.d.R. eine Breite von 2,00 m haben (Auskunft der Deutschen Reiterlichen Vereinigung). Die Abtrennung von der verblei-

benden Fahrbahn erfolgt üblicherweise durch auf Abstand gesetzte Holzpfähle. Bei einer Unterteilung des Sandweges „Im Himmel“ würde dies bedeuten, dass noch eine Restfahrbahnbreite von 3,00 m verbleiben würde. Ein Begegnungsverkehr PKW/PKW ist dann nicht mehr möglich, da hierfür mindestens 4,00 m benötigt werden. Die benötigte Breite kann durch die Einbeziehung des Grünstreifens zwischen der Fahrbahn und des Fuß-/Radweges erreicht werden. Zur Absicherung des Fuß- und Radweges müssen dann hier ebenfalls Holzpfähle gesetzt werden. Für die Abtrennung der Wege entstehen pro Pfahl Kosten in Höhe von 35,00 €. Bei einem Abstand von 20,00m wären rd. 60 Holzpflöcke zu setzen. Die Gesamtkosten belaufen sich dann auf rd. 2.100,00 € zuzüglich einer Pauschalen von rd. 500,00 € für die Beseitigung der Grasnarbe und Befestigung mit Sand des hinzuzunehmenden Grünstreifens.

Durch eine Befestigung des Weges mit Mineralgemisch könnten die Schlaglöcher im Vergleich zur jetzigen Befestigung mit Sand längerfristig vermieden werden, jedoch können sie nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Der Zeitraum bis zum Wiederauftreten verlängert sich lediglich. Bei einer Befestigung der Restfahrbahn nach Abtrennung eines separaten Reitweges belaufen sich die Kosten pro Quadratmeter bei einer Einbaudicke von rd. 10,00 cm auf 6,50 €. Das ergibt bei einer gesamt zu befestigenden Fläche rd. 2.400,00 €

Auf der Bürgerversammlung in Loy wurde dieser Antrag vom Antragsteller nochmals erläutert. Dem Grunde nach sieht er die Situation ebenso wie die Verwaltung. Er bat darum die Einmündungsbereiche und die Zufahrt mit Schotter zu befestigen.

Aus Sicht der Verwaltung sollten die Einmündungsbereiche nicht befestigt werden, da hierdurch vermutlich zusätzliche Verkehre angezogen würden. Die Einfahrten in die Grundstücke sollten mit Hansegrand befestigt werden. Dieses Material unterscheidet sich in der Farbgebung nur unwesentlich vom Sand und dürfte den Beanspruchungen stand halten.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Schreiben der Anwohner „Im Himmel“
2. Fotodokumentation „Im Himmel“

E 25.10.2004

Anwohner des Weges
Im Himmel
Dafür:
August Müller
Im Himmel 29
26180 Rastede
Tel: 04402-4843
Fax: 04402-986766

An den
Bürgermeister der Gemeinde Rastede
An den
Rat der Gemeinde Rastede
Sophienstr. 27
26180 Rastede

Betr.: Reiten auf dem Weg Im Himmel

Das Reiten auf dem Weg Im Himmel ist –mit zunehmender Tendenz– zu einem unhaltbaren Zustand geworden. An Wochenenden werden hier bis 20 Reiterinnen gezählt. Ein Teil davon kommt mit PKW-Gespanne aus der Wesermarsch. Es wird, wie auf einer Rennbahn, teilweise zu dritt, auf dem Weg galoppiert. Eine Planierung des Weges hält deshalb immer nur für 1–2 Wochen. Danach verwandelt sich der Weg, insbesondere bei Regenwetter, in einem für PKW's kaum noch befahrbaren Zustand. Gespräche diesbezüglich mit den Reiterinnen enden fast immer mit dem Satz: „Unsere Pferde machen nichts kaputt“. Für manche Reiterinnen ist auch der Geh-+Radweg nicht tabu. Siehe auch Loyer Kirchweg.

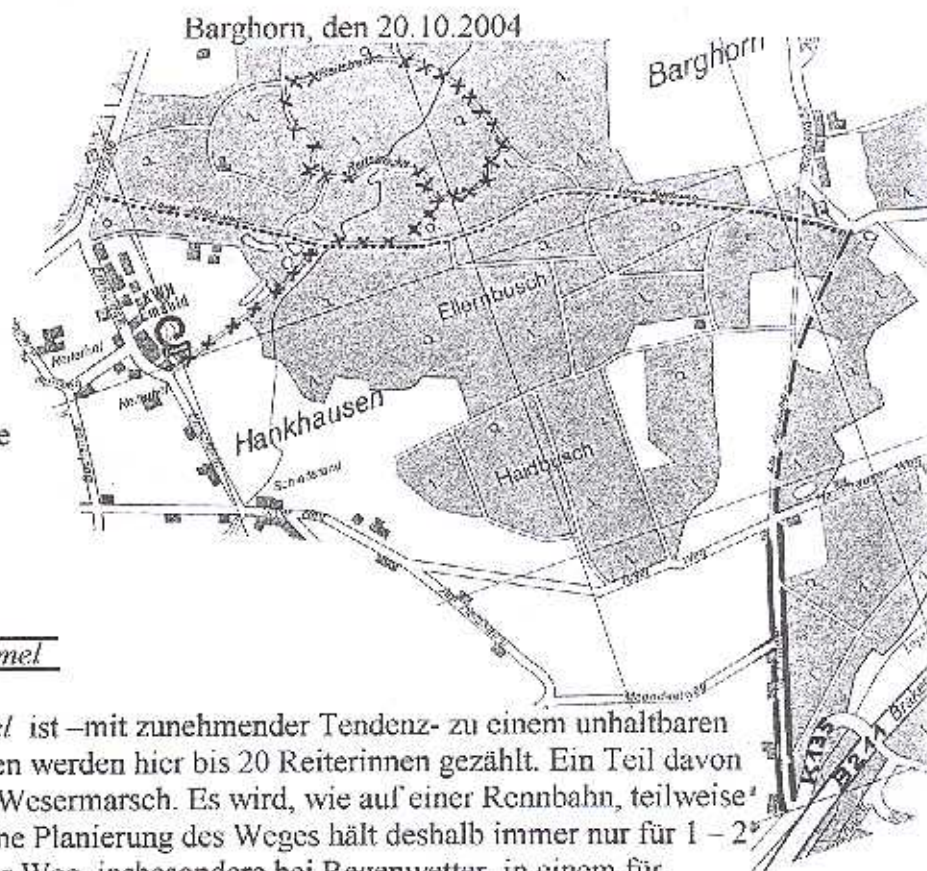
Wir, die Anwohner des Weges Im Himmel, fordern daher von der Gemeinde Rastede Abhilfe. Unser Vorschlag an die Gemeinde lautet: Ein Verbotsschild für Reiter von der Braker Chaussee bis zum Meendeelweg. Oder, dreiviertel der Wegbreite beschottern.

Da wir in einer ländlichen Gegend wohnen und nichts gegen Pferde, wohl aber gegen uneinsichtige Reiterinnen, haben, sollte an dem Verbotsschild der Zusatz; „Eine Spur an der Waldseite erlaubt“, angebracht werden.

Diese Variante dürfte unseres Erachtens allen gerecht werden. Für die Reiterinnen ist es zumutbar, einmal 300 Meter hintereinander zu reiten. Für die Anlieger bleibt die Idylle „Ross & Reiter“ erhalten und der Weg wird geschont. (Bleibt noch der Durchgangsverkehr!?) Und für die Gemeinde ein geringer Kostenfaktor.

In der Hoffnung auf baldige Verwirklichung,
mit freundlichen Grüßen

Aug. Müller
W. Müller
B. Wiedemann
F. Wiedemann



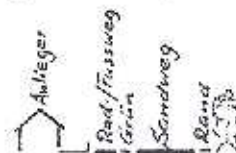
S. Plan oben:

..... Gemeindefuss-/Radweg
„Loyer Kirchweg“

--- Gemeindegeweg „Am Hornkamp“ (ohne Anlieger)
Vergleichbar mit Wegequerschnitt im

== Gemeindegeweg „Im Himmel“

xxxxx Reitwege „Im Eichenbruch“
Zufahrt Ensoldstraße













Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2005/064

freigegeben am 26.02.2005

GB 3

Datum: 25.02.2005

Sachbearbeiter/in: Frau Wahl, Kirsten

Baustandsbericht Baugebiete

Beratungsfolge:

Status

Datum

Gremium

Ö

14.03.2005

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Im Frühjahr diesen Jahres stehen im Gemeindegebiet eine Reihe von Erschließungsmaßnahmen an. Bei den nachstehenden Baugebieten werden die Erschließungsarbeiten in Kürze beginnen, haben bereits begonnen oder es steht nur noch der Endausbau aus.

BBPL.-Nr. 80 – Fünfhäuserweg
BBPL.-Nr. 75 b – Harry-Wilters-Ring
BBPL.-Nr. 78 a – Ostermoor
BBPL.-Nr. 63 e – Hans-Hoffhenke-Ring
BBPL.-Nr. 74 - Schoolkamp
BBPL.-Nr. 49 a – Am Hagen
BBPL.-Nr. 63 d – Donaustraße
BBPL.-Nr. 75 - Koppelweg
BBPL.-Nr. 75 a - Bogenstraße

Über den aktuellen Baustand, den zeitlichen Ablauf der Erschließungsarbeiten sowie den voraussichtlich anfallenden Kosten wird in der Sitzung ein umfassender Bericht vorgestellt.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Keine.